

Bundeskanzleramt

z. Hd. Herrn Bundeskanzler Karl Nehammer

Ballhausplatz 2

1010 Wien

Innsbruck, 15.02.22

Offener Brief zum Impfwang

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Karl Nehammer!

Ich erinnere Sie an meine Anfrage nach dem Auskunftsgesetz vom 13.12.21 betreffend der **aktiven CIA-HNaA-Drohnenmordattentatsgemeinschaft** sowie an die **Anfrage vom 17.12.21 und 20.12.21 u. weitere über vorherrschende staatliche Missstände**, die noch alle unbeantwortet sind.

Haben Sie veranlasst, dass das HNaA die Tätigkeiten auf der Abhörstation Königswarte für den aktiven Kriegsakteur die CIA einstellt und sich nicht mehr aktiv am illegalen Drohnenmordprogramm beteiligt? Wenn nicht, sind Sie rüchtrittsreif und ein Fall für das Gericht.

Eine faschistoide, totalitäre u. autoritäre Regierung sowie Zwang & Strafandrohung haben in Österreich nichts verloren. Raus aus dem Hohen Haus!

https://auf1.tv/aufrecht-auf1/notaerztin-zu-covid-impfung-nebenwirkungen-und-blutanalysen-sehr-besorgniserregend/?fbclid=IwAR0uEZq_AWa4FmSgE4NQ6WyZeWFJ1889Rbaqg0Y0wI9HsjHcdYYmYYWfkZU

Notärztin zu Covid-Impfung: Nebenwirkungen und Blutanalysen sehr besorgniserregend 13.2.2022



Dies ist die Langversion des Interviews mit Dr. Eva-Maria Schottdorf aus der Dokumentation von Elsa Mittmannsgruber: „ZEUGEN DER WAHRHEIT: Was in Spitälern, Heimen und Ordinationen wirklich passiert“. Die ganze Doku sehen Sie hier:

<https://auf1.tv/aufrecht-auf1/zeugen-der-wahrheit-was-in-spitaelern-heimen-und-ordinationen-wirklich-passiert>

Dr. Eva-Maria Schottdorf ist seit fast zehn Jahren selbstständige Notärztin und war Oberärztin als Strahlentherapeutin. In ihrer Arbeit **erlebt sie viele mögliche Impfnebenwirkungen und Impfdurchbrüche.**

Dr. Schottdorf präsentiert ebenso Ergebnisse von Blut-Analysen. Das schockierendste Bild: Die Granulozyten im Blut attackierten sich gegenseitig. Granulozyten sind Teil **unseres Immunsystems. Die Impfungen scheinen unser Immunsystem massiv zu schwächen** Deshalb ist das Spektrum der Impffolgen sehr weit und es ist oft schwer zu erkennen, dass die Impfung ursächlich ist - für Arzt und Patient.

<https://www.info-direkt.eu/2022/02/13/umfragen-knaller-erstmals-knappe-mehrheit-fuer-fpoe-und-mfg/>

Umfragen-Knaller: Erstmals knappe Mehrheit für FPÖ und MFG

13. Februar 2022 Österreich, Politik, Schlagabtausch



Bildschirmfoto der OÖN-Leserabstimmung: nachrichten.at; Bildkomposition: Info-DIREKT

In einer Online-Abstimmung auf nachrichten.at zum Thema „Wenn am Sonntag Wahlen wären, wen würden Sie wählen?“ erhielten die beiden Corona-Maßnahmen kritischen Parteien FPÖ und MFG zusammen erstmals eine knappe Mehrheit (50,07%).

Vernetze Dich jetzt auch in Deiner Gemeinde mit widerständigen Menschen:
Der „Der Info-DIREKT Ortstafelgenerator“ unterstützt Dich dabei!

Ein Kommentar von Thomas Steinreutner

Die Ergebnisse im Detail:

- FPÖ: 28,78 %
- MFG: 21,29 %
- SPÖ: 18,54 %
- ÖVP: 15,04 %
- Grüne: 8,05 %
- Neos: 8,3 %

Das Bild der Umfrage stammt vom Instagram-Account von **„Linz verendet“**.

ÖVP selbst im Mainstream im freien Fall

Selbstverständlich sollte man solchen Online-Abstimmungen nicht zu viel Bedeutung zumessen. **Brisant an dieser Abstimmung ist jedoch, dass sie auf der Internetseite der „Oberösterreichischen Nachrichten“ (OÖN) unter deren Lesern durchgeführt wurde.** Die OÖN sind nämlich ein typisches Mainstream-Medium, dem sogar eine gewisse Nähe zur ÖVP nachgesagt wird. Zudem dürfte **diese Leserabstimmung die Stimmungslage in Österreich gut abbilden und zeigen wohin der Trend geht.**

Hypernervös: Bereitet ÖVP Neuwahlen vor?

Dieser Trend, **weg von der ÖVP hin zu Corona-Maßnahmen kritischen Parteien,** dürfte auch die Erklärung dafür sein, weshalb sich die ÖVP in den letzten Wochen so hypernervös verhält und sich **immer mehr ÖVPler gegen die von ihnen selbst vorangetriebene Impfpflicht äußern.** Die Leserumfrage auf nachrichten.at, die die FPÖ mit 28,78 Prozent auf den ersten Platz, die MFG mit 21,29 Prozent auf den zweiten und die ÖVP mit nur 15,04 Prozent hinter die SPÖ reiht, wird jene schwarzen Landeshauptleute, die sich nächstes Jahr einer Wahl stellen müssen, zusätzlich in Panik versetzen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Gerüchte um eine baldige Neuwahl immer lauter werden. **Der erste, der davon Wind bekam, war der Polit-Blogger Gerald Markel** – wie er in diesem **„Info-DIREKT Live-Podcast“** erzählt.

KUNDGEBUNG GEGEN IMPFZWANG - LIENZ 13.02.22 - LEHRERIN VERENA EGGER

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/gdszqVwRUJq0/>



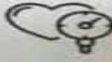
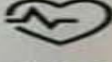
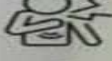
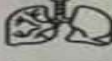
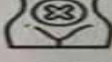
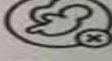

DEMO GEGEN IMPFZWANG - LIENZ 13.02.22 - ARNOLD PETUTSCHNIG - BETROFFENER VATER

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/RU2nTuLL1jG1/>



Défense Medical Epidemiology Database (DMED):

Gesundheitsdaten aus US-Militärdatenbank zeigen

-  **Bluthochdruck + 2181 %**
-  **Erhöhte Herzfrequenz + 302 %**
-  **Herzinfarkte + 269 %**
-  **Lungenembolien + 468 %**
-  **Weibliche Unfruchtbarkeit + 472 %**
-  **Fehlgeburten + 279 %**
-  **Angeborene Missbildungen + 156 %**

Gerald Hauser im Interview

Siehe hier: <https://www.oe24.at/video/politik/gerald-hauser-im-interview/510552241>



oe24 VIDEO

Video suchen ...

Alles zu oe24plus

oe24+ LOGIN

ALLE CHANNELS NEWS CORONA-VIRUS POLITIK SPORT FELLNER LIVE STARS WETTER

SONDERTHEMA: UNSERE TIERE VERGLEICH XXXLUTZ SHOPPING24 NACHHALTIGES ÖSTERREICH NACHHALTIG SHOPPEN **Kitzbühel**

CHANNEL > POLITIK

25.951 CORONA-NEUINFEKTIONEN INNERHALB 24H

VERBUNDEN VIA 

-7:12

Aufgedeckt: Die ganze Wahrheit über die Corona-Spitalszahlen

Operationen abgesagt – Stationen geschlossen. Die Pandemie brachte das heimische Gesundheitssystem oftmals an seine Grenzen. Doch, war wirklich das Coronavirus schuld am Chaos in den Spitälern? In den Jahren 2020 und 2021 waren lediglich 1,5 Prozent der Patienten wegen Covid im Krankenhaus.

Rene Rabeder 13 Feber 2022 12:31



„Während der Covid-19-Pandemie waren viele Krankenhausstationen in ganz Österreich teils hunderte Tage lang geschlossen. Tausende Operationen mussten aufgrund der Pandemiebedingten Zusatzbelastung des Gesundheitswesens verschoben werden“, laut Agenturen war dies die Antwort auf eine Anfrage der SPÖ an das Gesundheitsministerium. Der Grazer Mediziner Martin Sprenger erhebt Einspruch gegen diese Darstellung. Für den Arzt mit Schwerpunkt „Public Health“ liegt das eigentliche Problem am chronischen Personalmangel – und den hätte es bereits vor der Pandemie gegeben.

Auch am Höhepunkt unter 5% Corona-Patienten

Sprenger verweist darauf, dass in den Pandemie-Jahren 2020 und 2021 um 20 Prozent (!) weniger Menschen in den Krankenhäusern behandelt wurden als in den Jahren zuvor. Besonders brisant: Lediglich 1,5 Prozent aller Hospitalisierungen in diesen Jahren seien auf eine Infektion mit dem Coronavirus zurückzuführen gewesen. Selbst am Höhepunkt der Infektionswellen waren, so Sprenger unter Berufung auf Zahlen der „Statistik Austria“, immer deutlich weniger als fünf Prozent der Spitalsbetten mit Covid-Fällen belegt.

3200 verschobene Operationen allein im Burgenland

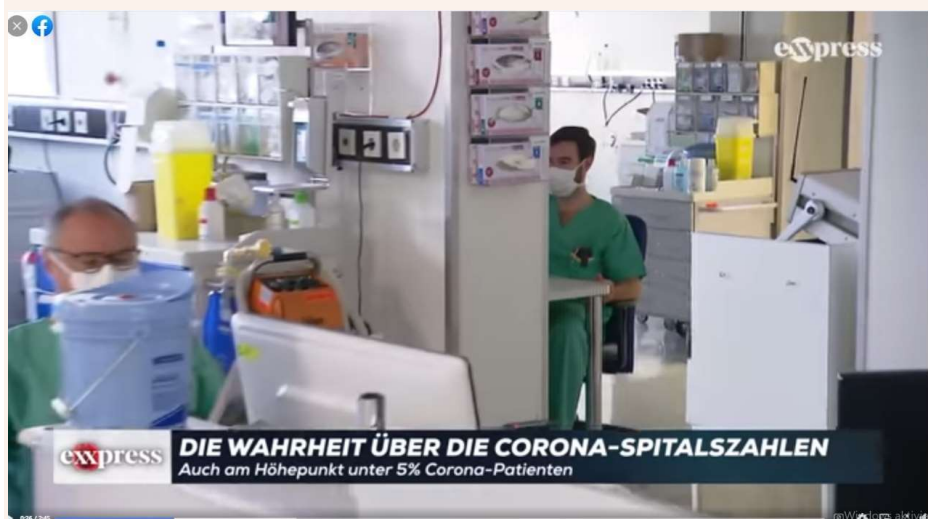
Die Zahlen lassen tatsächlich aufhorchen. So war beispielsweise die Palliativstation des Krankenhaus der Barmherzigen Brüder im Burgenland für 447 Tage geschlossen, eine Station des Krankenhaus Güssing 199 Tage und zwei Stationen des Krankenhauses Salzburg Stadt insgesamt 294 Tage. Die Steiermark schließt laut dem Antwortschreiben aufgrund der erneut steigenden Infektionszahlen auch zukünftige Bettensperren nicht aus. Als Gründe für Stationsschließungen werden in dem Antwortschreiben des Gesundheitsministeriums Personalumschichtungen zur Bewältigung der Versorgung von Covid-Patienten und die Vorhaltung von Betten für Covid-Patienten, aber auch Infektionscluster beim Personal genannt.

Auch die Zahl der angeblich Corona-bedingt verschobenen Operationen ist tragisch. **Im Burgenland mussten zwischen März 2020 und Dezember 2021 mehr als 3200 Operationen verschoben werden, im Land Salzburg waren es allein im ersten Pandemiejahr 3871.** Aus Oberösterreich und Niederösterreich liegen dazu keine Daten vor.

"System droht der Kollaps"

Der wahre Grund für die verschobenen Operationen und geschlossenen Stationen liege woanders: **Der Pflegekräfte-Mangel war schon vor der Pandemie ein riesiges Problem.** „Corona ist jetzt für viele das Mittel zum Zweck, das wird vorgeschoben. Das Problem war sicherlich definitiv vorher schon da“, heißt es von einem auf „ServusTV“ zitierten Pfleger. **Der Vorwurf: Die Politik habe jahrelang zugeschaut.** Eine repräsentative Studie unter 2500 Gesundheits- und Krankenpflegern liefert tatsächlich schockierende Ergebnisse. **45 Prozent denken immer wieder über einen Berufsausstieg nach. Das Fazit: Wird nicht bald gehandelt, droht das gesamte Gesundheitssystem zu kollabieren.**

Siehe hier: <https://www.facebook.com/express.at/videos/242240978103473>



Rigó Viktória

Die Krankenhäuser haben für freigehaltene Betten extra Geld bekommen. Um die Förderungsgeld kriegen zu können, haben einige Krankenhäuser Stationen in andere Spitäler umgesetzt, wo dementsprechend zur Überlastung kam, während andere Spitäler leere Stationen hatten.

Op-s mussten bei allen verschoben werden, bei einigen wegen Überlastung, bei anderen wegen zugemachten Stationen.

Die haben auf Deutsch gesagt Menschenleben riskiert, Pflegekräfte überfordert, um Geld zu kassieren.

Das ist kein Geheimnis, Corona Förderungssystem ist öffentlich. Nun, hört davon keine, da die bekannten Medien sowas nicht interessant finden...





Servus Nachrichten

21. Januar um 19:52

Wegen Omikron werden auf der Normalstation immer mehr Patienten nur zufällig positiv getestet. Obwohl bei diesen Patienten nur eine Nebendiagnose vorliegt, werden sie im AGES Dashboard trotzdem als Corona-Patienten ausgewiesen. #ServusNachrichten

https://kurier.at/chronik/oesterreich/tiroler-aerztekammerpraesident-fuer-aussetzen-der-impfpflicht/401904040?utm_medium=Social&utm_source=Facebook&tpcc=facebookpost&fbclid=IwAR1tOld-byTGBW8oFa4xxN1bgJHqc0FWXmW4_I7JAaxrxFhw2Xm7yFuF3QY#Echobox=1644745749

CHRONIK ÖSTERREICH

13.02.2022

Tiroler Ärztekammerpräsident für Aussetzen der Impfpflicht

Wissenschaftliche und politische Bewertung erforderlich - Wechselberger für Aus für alle Corona-Maßnahmen bei Ende der Omikron-Welle - Kritik an Bundesärztekammer: "Steht alles still"

Tirols Ärztekammerpräsident Artur Wechselberger spricht sich "zumindest für ein Aussetzen" der beschlossenen Impfpflicht aus. Man müsse sich unter anderem die Frage stellen, ob es "noch unbedingt notwendig ist, diese Spaltung der Gesellschaft in Kauf zu nehmen", sagte Wechselberger im APA-Interview. Zudem forderte der Ärztekammerchef ein Aus für sämtliche Corona-Maßnahmen und eine vollkommene Rückkehr zur Normalität, sobald die Omikron-Welle zu Ende ist.

"Mit Abklingen der Omikron-Welle sollte die Normalität zurückkehren", bekräftigte Wechselberger diesen Standpunkt in der Zib2. So solle die Maskenpflicht gelockert,

Veranstaltungen wieder zugelassen werden und das Kulturleben so sein wie früher. Die Jahreszeit werde dabei helfen, ist sich der Mediziner sicher.

In Sachen Impfpflicht müsse man sich zudem fragen, ob es angesichts der sich stetig verbessernden Lage noch notwendig und verhältnismäßig sei, bei vielen Menschen Ängste zu schüren. "Und welchen Mehrwert hat man durch die Impfpflicht noch zu erwarten, wenn man sich bewusst ist, dass man nie 100 Prozent erreichen wird, wir bereits einen wirklich hohen Stand an Durchimpfung haben und bereits eine sehr hohe Durchseuchungsrate aufweisen", argumentierte Wechselberger, im Zivilberuf Allgemeinmediziner. Er sei jedenfalls "skeptisch". "Man muss nun der Wissenschaft das Wort geben. Belege sowie eine solide epidemiologische und wissenschaftliche Basis sind unabdingbar", so der frühere Präsident der Bundesärztekammer. Um all dies zu evaluieren und bis man einen Überblick über das Ergebnis des Abflauens der Omikron-Welle habe, sollte man die Impfpflicht jedenfalls aussetzen.

In der Zib2 ergänzte Wechselberger, dass es noch eine breite Palette an Möglichkeiten gibt, um die Impfung zu bewerben und die Bevölkerung mit ins Boot zu holen. Was eine mögliche neue Welle im Herbst betrifft, so sagte Wechselberger: "Man muss wachsam sein, aber nicht frühzeitig überreagieren".

Neben der wissenschaftlichen, müsse die politische Bewertung stattfinden. Erneute gesellschaftliche Kollateralschäden müssten hintangehalten werden. Denn man habe bereits in der Pandemie-Vergangenheit vor Augen geführt bekommen, inwieweit das "Wegsperrn der Menschen auch Ängste und psychische Belastungen und den Verzicht auf notwendige Behandlungen" mit sich bringe. Man müsse sich auch die Frage stellen, ob es noch angebracht sei, "riesige Finanzmittel aufzuwenden, um einen Verwaltungsapparat aufzusetzen". "Und ist es gesellschaftlich erwünscht, an der Grenze der Verfassungsmäßigkeit hin und her zu wandern - mit der Gefahr der teilweisen Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof", brachte Wechselberger zur Diskussion.

Stark vermisst hat der Tiroler Ärztekammerpräsident bisher in Österreich eine positiv besetzte Kampagne für die große Errungenschaft der Impfung. Die Chance dafür wäre doch noch nie so groß gewesen wie während einer Pandemie. Viel zu viel sei - auch in anderen Phasen der Coronapandemie - auf Angst und Besorgnis aufgebaut gewesen. Ganz anders als etwa in den USA. "Dieses Storytelling wie dort - das gibt es bei uns nicht", bemängelte Wechselberger: "Das erste Auftreten des Chefs der Gecko, im Feldanzug vor der Presse. Das kann mir doch niemand sagen, dass das ein angstnehmendes, positives, motivierendes Signal ist".

Die bereits verkündeten und anstehenden Lockerungen bzw. Öffnungen begrüßte Wechselberger. Diese würden nun "parallel zum Rückgang der Omikron-Welle" vonstatten gehen und Sinn machen. Sobald die Welle dann vorbei sei, ist ein vollständiges Ende aller Corona-Maßnahmen für den Ärztekammerchef "absolut rechtfertigbar". Derzeit schaue es auch danach aus, dass es keinen weiteren, alles wieder verändernden Corona-Ausbruch geben werde. Die Pandemie werde wohl in eine Endemie übergehen. Das Testen müsse bis auf wenige Ausnahmen massiv zurückgefahren werden, auch das Impfen sollte dann - wie bei der

Grippe und anderen Infektionskrankheiten - abseits von groß aufgesetzten Impfangeboten des Staates angeboten werden.

Am 22. Februar finden in Tirol die Ärztekammerwahlen statt - und es geht eine Ära zu Ende: Der bald 70-jährige Wechselberger tritt - nach 32 Jahren im Amt - nicht mehr an. Einmal mehr zeigte er sich optimistisch, dass sein Nachfolger an der Spitze der Gruppierung "Verein unabhängiger Tiroler Ärzte", Stefan Kastner, die absolute Mehrheit verteidigen könne. Mit dem derzeitigen Standing bzw. der Positionierung der Bundesärztekammer mit dem SPÖ-nahen Thomas Szekeres an der Spitze, der in Wien und Bund zur Wiederwahl ansteht, zeigte sich Wechselberger nicht zufrieden: "Es steht alles still. Es braucht eine Änderung der Aktivität. Man muss sich wieder bewusst sein, den Interessen der Ärzteschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Das bedeutet Klinken putzen, argumentieren, nach Unterstützern suchen". Zudem vermisse er die "Positionierung eigener Vorstellungen und deren zielgerichtete Umsetzung". Dies betreffe so wichtige Fragen, wie man etwa Ärzte nach der Ausbildung im Land halten könne sowie die Verschränkung von Krankenhaus- und niedergelassenem Bereich.

Er gehe jedenfalls "ohne Wehmut", versicherte Wechselberger, der seine Ordination als Wahlarztpraxis weiterführen wird. Er glaube es geschafft zu haben, in all den Jahren eine "offene, gesprächsfähige, diskussionsfreudige, einer positiven Entwicklung aufgeschlossene Interessensvertretung der Ärzte, die das Gesamtbild im Auge hat", installiert zu haben. "Wenn dieses Bild bleibt, dann hat es sich gelohnt", so Wechselberger, der künftig auch sein Pensum mit bis zu 16-Stunden-Arbeitstagen etwas zurückfahren will.

Rechtsanwälte HÖLLWARTH & SCHEER präsentieren den Brief an die Amtsärzte

Siehe hier: <https://www.youtube.com/watch?v=ZhJVa3Zo2BA>



WIEN

HÖLLWARTH & SCHEER präsentieren den Brief an die Amtsärzte (Teil 1)

Email: aktivist4youat@gmx.at – Blog: www.aktivist4you.at

Auch Polizeiwilkkür kann Widerstand nicht verhindern

Zigtausende bei Demos in Wien – Widerstand ist ungebrochen



14. Februar 2022

Inhalt

1. [Willkür bei Polizeikontrollen](#)
2. [Widerstand kann nicht aufgehalten werden](#)
3. [Eindrücke vom Wiener Demo-Wochenende](#)

Auch wenn die türkis-grüne Regierung beim Zwangs-Stich zurückrudert, der Widerstand geht weiter. **Nicht nur das bösartige**

Gesetz muss weg, sondern auch diejenigen, die es auf den Weg gebracht haben, müssen ihre Sessel räumen.

Denn sonst wird es wohl nichts werden mit der Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen in Österreich. An diesem Wochenende wurde daher wieder **lautstark gegen das Stich-Zwang-Gesetz und das Corona-Regime demonstriert.**

Willkür bei Polizeikontrollen

Bereits am **Freitag Nachmittag** führte die **Polizei rigorose Verkehrskontrollen** durch. Man wollte den im Vorfeld untersagten **Freiheits-Konvoi** auf der Wiener Ringstraße dadurch **verhindern**. Wie [Wochenblick berichtete](#), kam es im Zuge solcher Kontrollen zu **polizeilichen Willkürhandlungen**. Ein Video zeigt, dass etwa einem Autofahrer von einem Polizisten unterstellt wurde, er habe "den Charakter" eines Demonstranten.

Deswegen dürfe er nicht nach Wien fahren. Es wurde sogar **mit einer Festnahme gedroht.**

Widerstand kann nicht aufgehalten werden

Doch auch solche **Willkürakte konnten nicht verhindern, dass der "Freedom Convoy" am Freitag durch Wien rollte** und sich am Wochenende wieder tausende freiheitsliebende Menschen versammelten, um gegen diese **Corona-Diktatur und ihre menschenverachtenden Machenschaften zu protestieren.**

Eindrücke vom Wiener Demo-Wochenende

Bilder von Alois Endl

Das Ende der "Pandemie" und der Corona-Diktatur wurde auf Schildern gefordert. Für manche **ist diese Regierung schon bald Geschichte...**







https://www.berliner-zeitung.de/news/streeck-darf-keinen-unterschied-zwischen-geimpften-und-ungeimpften-mehr-geben-li.211026?fbclid=IwAR2XVPs3xoj4aulkKjSRleGNg6LijMdxWisDtAx2dFZimt-SqSm5uWuf_HA

Streeck: „Darf keinen Unterschied zwischen Geimpften und Ungeimpften mehr geben“

Der Bonner Virologe Hendrik Streeck stellt in einem Interview die G-Regeln infrage. Man müsse nun vorsichtig zur Normalität zurück.

[kmi](#), 9.2.2022 - 22:46 Uhr



dpa/Fabian Sommer

Der Virologe Hendrik Streeck

Der Bonner Virologe Hendrik Streeck fordert in einem [Interview mit dem Münchener Merkur](#), jetzt Öffnungsschritte zu planen. Man müsse sich nun auf die „Maßnahmen fokussieren, die wissenschaftlich begründet sind und nicht jene, deren Wirksamkeit fraglich sind“, so Streeck. Bei der Sperrstunde oder 2G-Plus Konzepten habe es zum Beispiel bisher keinen wissenschaftlichen Beweis für die Effektivität gegeben.

Der Virologe plädiert für ein Umdenken: Man müsse sich nun generell die Frage stellen, ob man an den G-Regeln festhalten wolle. Anlassloses Testen erachte er nicht mehr als sinnvoll, so Streeck. „Wir müssen vorsichtig zur Normalität zurück. Da darf es aus meiner Sicht keinen Unterschied zwischen Geimpften und Ungeimpften mehr geben.“



Corona-Lage **Virologe Streeck warnt Geimpfte und Geboosterte**

Für den Sommer wünsche er sich, dass man auf die Masken verzichten könne, sagte der Virologe. Im Winter sähe das aber anders aus. „Ich plädiere für einen Sommer-Modus und für einen Winter-Modus“, so Streeck.



Kann ich mich nicht ganz anschließen, da auch in Autowerkstätten „gespritzt“ oder lackiert wird. Die Straßenmeistereien spritzen die Straßen mit ihren Spritzwägen. Beim Regen und Autofahren wird auch oftmals herumgespritzt. Bei Wasserballonschlachten wird ganz ordentlich herumgespritzt. Ab & an wird beim Herausbacken mit Öl herumgespritzt. Beim Schwimmen wird auch ganz ordentlich mit Wasser herumgespritzt.



Ich bin mit meinen ÖVP-Freunden, die gute alte Mikl-Leitner & Tanner auf Skiurlaub. Keine Angst, ich schickaniere euch weiter.

<https://zackzack.at/2022/02/11/bmi-chats-9-mi-lei-hatte-ich-informiert-mikl-leitner-sobotka-und-die-wirtschaftskammer-vize?fbclid=IwAR0XB-5f8AhGd23UIxpFh6Xc6hgKdnRB9mGHiuG-P5UTrjqYn3iMra58MqU>



BMI-Chats 9: »Mi Lei hatte ich informiert«

Mikl-Leitner, Sobotka und die Wirtschaftskammer-Vize

Zum Skiurlaub ging es für Nehammer, Mikl-Leitner und Tanner kürzlich nach Osttirol in ein „Mountain Resort“. Die Eigentümerin ist nicht nur ÖVP-Wirtschaftskammerfunktionärin, sie kommt auch in den BMI-Chats vor.

Wien, 11. Februar 2022 | „Egal, wie Sie sich entscheiden, Sie entscheiden sich für Erholung ohne Kompromisse“. Am Fuße des Großglockners wirbt das Gradonna Mountain Resort mit dem Besonderen.

Hotel-Gastgeberin taucht in BMI-Chats auf

Den drei prominenten Gästen, die sich in den vergangenen Tagen laut „Kleine Zeitung“ hierher zurückgezogen haben sollen, geht es wohl nicht nur um die „aufregenden Ausblicke“, die das Hotel bietet. Kanzler Karl Nehammer, NÖ-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner wissen derzeit nicht, wie es mit ihnen, ihrer Partei und ihren Regierungen in Wien und St. Pölten weitergeht.

Ihre Gastgeberin ist Martha Schultz. Der ehemalige BMI-Kabinettschef Michael Kloibmüller könnte den drei Urlaubern erzählen, dass auch die **Tourismus-Großunternehmerin in den BMI-Chats eine Rolle spielt.**

Schultz ist Vizepräsidentin des Wirtschaftsbundes der ÖVP und der Bundeswirtschaftskammer WKÖ. Zudem ist sie Präsidentin der ÖVP-nahen Julius-Raab-Stiftung, mit der sich der Ibiza-U-Ausschuss befasst hat.

„Hab ein Anliegen“

Guten Morgen aus dem Zillertal, hast du mal Zeit zum Telef... hab ein Anliegen. So meldet sich Martha Schultz am 2. Mai 2016 bei Innenminister Sobotkas Kabinettschef Kloibmüller. *mi lei hatte ich informiert.* – *lg Martha (Schultz).* Kloibmüller scheint zu wissen, dass „mi lei“ das parteiübliche Kürzel für Mikl-Leitner ist. Knapp sechs Stunden später schickt Schultz eine zweite Nachricht: *Servus, S. Johannes, 2. Teil FH Aufnahmeverfahren Wr. Neustadt! Lg Martha.* Drei Minuten später kommt Kloibmüllers Antwort: *Ok.* Der Kabinettschef steht bereit. Mit *Thanks* bedankt sich Schultz beim ÖVP-Mann im BMI.

```
Startzeit: 02.05.2016 07:50:29(UTC+2)
Letzte Aktivität: 02.05.2016 13:10:48(UTC+2)
Teilnehmer: + [REDACTED], + [REDACTED]
Von: From: + [REDACTED]
Zeitstempel: 02.05.2016 07:50:29(UTC+2)
Quellanwendung: Signal Private Messenger
Text:
guten morgen aus dem zillertal , hast du mal zeit zum telef .. hab ein anliegen , mi lei hatte ich informiert
-----
Von: From: + [REDACTED]
Zeitstempel: 02.05.2016 08:24:40(UTC+2)
Quellanwendung: Signal Private Messenger
Text:
Bin beschäftigt. Rufe zurück.
-----
Von: From: + [REDACTED]
Zeitstempel: 02.05.2016 13:05:32(UTC+2)
Quellanwendung: Signal Private Messenger
Text:
servus , [REDACTED] johannes , 2 teil FH aufnahmeverfahren Wr neustadt ! lg martha
-----
Von: From: + [REDACTED]
Zeitstempel: 02.05.2016 13:08:16(UTC+2)
Quellanwendung: Signal Private Messenger
Text:
Ok
-----
Von: From: + [REDACTED]
Zeitstempel: 02.05.2016 13:10:48(UTC+2)
Quellanwendung: Signal Private Messenger
Text:
👍 thanks
-----
```

(Faksimile ZackZack)

Seine steile Polizei-Karriere beginnt Johannes S. als Bezirksbrandermittler und Bezirkstatortbeamter in einer Tiroler Polizeiinspektion. Der junge Beamte will “Polizeiliche Führung” an der Fachhochschule Wiener Neustadt studieren. Martha Schultz scheint ihn dabei unterstützen zu wollen. In welcher Form? Auf ZackZack-Nachfrage sagt sie: “Nach meinem Wissen hat Herr S. ein reguläres Aufnahmeverfahren durchlaufen. Auf dieses Aufnahmeverfahren habe ich zu keinem Zeitpunkt Einfluss genommen.”

Zumindest wird ihr “Anliegen”, wie sie wörtlich in der Chat-Nachricht an Kloibmüller schreibt, prompt erfüllt: Mit dem Studium in der Tasche wird S. später Offizier und steigt als Major ins Bezirkspolizeikommando Innsbruck auf. Kloibmüller betont, allgemein sei festzuhalten, “dass die Reihung für die Aufnahme in die FH Wr. Neustadt die Fachhochschule festlegt”.

Derzeit hat die ÖVP-Spitze wohl eher keine Zeit für die Förderung zuverlässiger Beamter. Zumindest Nehammer, Mikl-Leitner und Tanner gönnen sich eine Auszeit und machen bei Schultz „Familienurlaub“.

<https://kontrast.at/long-covid-in-oesterreich/?fbclid=IwAR3Q14I2IpuGMmbuHwRO9o45vFK0nCEw9KKbrBNi4c4K7LWN-U-bZTjYmFw>

Hunderttausende Long Covid-Kranke in Österreich – aber Regierung ist unvorbereitet

OVP-Korruptionsaffäre

Die Vorwürfe: Veruntreuung, Bestechung, und gekaufte Medien



Von [Kathrin Glösel](#)

Veröffentlicht am 14. Februar 2022 um 14:51 | [Coronavirus](#) | Lesezeit: 10 Minuten

Es betrifft im Schnitt jeden zehnten Corona-Infizierten: Hunderttausende Männer und Frauen erkranken in Österreich an Long Covid. Sie sind dauerhaft erschöpft, mitunter arbeitsunfähig. Betroffene verlieren ihre Jobs und 30-Jährigen wird geraten, Invalidenpension zu beantragen. Doch die Regierung hat weder ihr Versprechen von über 80 Reha-Zentren für Long Covid gehalten, noch die Spätfolgen der Infektion als Berufskrankheit anerkannt. Zwei Betroffene berichten vom Leben mit Long Covid und erklären, dass sie mit ihrem Selbsthilfeverein noch immer die einzige Anlaufstelle für Erkrankte sind – und warum das nicht so bleiben darf.

Wenn sie ihre Zähne putzt, hat sie einen Puls von 130. Sie muss sich setzen, damit sie ihre Morgenhygiene machen kann. Andernfalls droht ihr Körper, unter der Erschöpfung zusammenzubrechen. Den Geschirrspüler ausräumen? Das ist eine Aufgabe von zwei oder mehreren Tagen. Alexa Stephanou ist eigentlich eine sportliche Frau. Reiten, Skifahren, Radfahren – das sind die Hobbies der Logopädin. Doch im März 2020 erkrankt die Wienerin an Covid19. Der Verlauf ist moderat, wie sie sagt. Die Beschwerden ebbten schnell ab. Im Sommer möchte sie wieder mehr raus und Sport machen – doch nichts geht mehr. „Der Sport hat [Long Covid](#) getriggert“, erzählt die 38-Jährige, die vor Corona gesund und ohne Vorerkrankungen war. Alexa Stephanou ist von da an erschöpft, leidet an Muskelschwäche, braucht schon nach kleinen Tätigkeiten lange Erholungsphasen.



Alexa Stephanou infiziert sich im März 2020 mit Corona – noch heute leidet sie an den Spätfolgen: Long Covid. Gemeinsam mit anderen Betroffenen hat sie einen Verein gegründet und gibt ihr Wissen über die Krankheit weiter. (Foto: Jasmina Malkoč/Kontrast.at)

WAS LONG COVID-PATIENTINNEN IN ÖSTERREICH HÖREN: „ICH FINDE NICHTS, ALSO HABEN SIE NICHTS.“

Ähnlich ergeht es Maarte Preller. Auch sie infiziert sich in der ersten Corona-Welle im Frühjahr 2020. Wie bei Stephanou bricht Long Covid wenige Monate nach der Corona-Infektion aus. Die beiden jungen Frauen leiden noch heute, fast zwei Jahre später, an den Schäden, die der Covid19-Virus in ihren Körpern angerichtet hat. Herzbeutel- und Herzmuskelentzündung, Tinnitus, Kopfschmerzen, Erschöpfung und Entzündungen im Körper.

2020, im ersten Corona-Jahr, stoßen die beiden Frauen bei Ärztinnen und Ärzten auf Unverständnis. Die Symptome sind nicht eindeutig zuordenbar. „Ich finde nichts, also haben Sie nichts“, lautet damals laut Stephanou die Devise. Spätfolgen? 2020 sind sie kein Thema. Noch nicht.

Mittlerweile, im dritten Pandemiejahr, ist das anders. Oder zumindest sollte es so sein. Tatsächlich, so schildern Stephanou und Preller, sind sich Long Covid-Betroffene immer noch allein gelassen. Und das, obwohl es längst keine Einzelfälle mehr sind – Long Covid betrifft jetzt die Massen.

ES ERWISCHT MINDESTENS JEDEN 10. INFIZIERTEN: LONG COVID IST EINE MASSEN-ERKRANKUNG

Zwischen 10 und 20 Prozent aller Infizierten leiden laut internationalen Studien an den Langzeitfolgen einer COVID-19-Infektion. Bei rund 1,7 Millionen genesenen Fällen sind demnach in Österreich schon heute zwischen **170.000 und 340.000** Menschen davon betroffen. Angesichts einer nach wie vor hohen Zahl an Neuinfektionen pro Tag, Tendenz weiterhin steigend. Davon befinden sich rund **110.000 bis 220.000 im erwerbsfähigen Alter**. Es gibt nur Schätzungen – auch das ist ein Problem. Denn wie viele Menschen genau an Spätfolgen leiden, wird nicht systematisch erhoben. **Eine konkrete Diagnose haben derzeit 60.000 Personen bekommen.** Das heißt: Die Dunkelziffer ist um ein Vielfaches höher.



Maarte Preller (li.) und Alexa Stephanou (re.) informieren Betroffene und die Öffentlichkeit darüber, mit welchen Beschwerden und bürokratischen Hürden Long Covid-PatientInnen zu kämpfen haben. (Foto: Jasmina Malkoč/Kontrast.at)

Alexa Stephanou und Maarte Preller haben gemeinsam mit anderen Betroffenen den Verein Long Covid Austria gegründet. Mittlerweile besteht das Team aus 15 Menschen, die – **allesamt ehrenamtlich** – **versuchen, die Lage für andere Erkrankte zu verbessern**. All das, während die Vereinsleute selbst noch unter Kraftlosigkeit leiden und versuchen, gesund zu werden.

Der Verein ist laut Preller eine wichtige Anlaufstelle – wenn nicht sogar die wichtigste. Verwunderlich, wenn man bedenkt, dass es in Österreich mehrere Sozialversicherungsträger und sehr spezialisierte Gesundheitsleistungen gibt. **„Allein letzte Woche sind über hundert Mitglieder neu dazugekommen“**, erzählt Preller. Der Verein wächst rapide. Leider, wie Preller und Stephanou betonen.

**IMMER MEHR KINDER SIND VON LONG COVID BETROFFEN
– DIE ELTERN LEIDEN MIT**

Im Verein Long Covid Austria werden die Mitglieder zudem immer jünger. „Jetzt in der Omikron-Welle werden die Mitglieder mehr, es sind auch immer mehr Kinder darunter. Es ist sehr belastend. Die Eltern wissen oft nicht, was sie tun können und haben nur wenige Möglichkeiten, so daheim bleiben zu können, dass sie ihre kranken Kinder gut betreuen können. Manche Kinder, erzählen die Eltern, sind in einem so schlechten Zustand, dass sie nicht mal Krankenhaus-Termine für Untersuchungen wahrnehmen können“, schildert Maarte Preller. Sie erzählt von Menschen in ihren Dreißigern, die zu den Eltern zurück ins Haus oder in die Wohnung ziehen, weil sie sich nicht mehr selbst versorgen können. Covid19 und seine Spätfolgen zerstören gerade Existenzen. Das Problem wächst, doch die Hilfe ist beschränkt wie eh und je.

Im Jänner 2021 erhält Long Covid einen Code der International Classification of Diseases der WHO, kurz ICD. Der Code: U09.9. Damit ist Long Covid offiziell eine Krankheit. Allerdings eine, die Ärztinnen und Ärzte zu selten erkennen - oder erkennen wollen. Folglich ordnen sie, wenn PatientInnen ihre Beschwerden erklären, diese anderen Krankheiten zu. Untersuchungen, Diagnosen, Medizin und Therapien gehen daher oft am Problem vorbei. Oder verschlimmern die Beschwerden sogar. Beispiel Reha-Therapien.

REHA-THERAPIEN IN ÖSTERREICH NICHT AN LONG COVID ANGEPASST – SIE VERSCHLIMMERN DIE BESCHWERDEN MITUNTER

Damit PatientInnen wieder mehr Kontrolle über ihren Körper erhalten und dieser sich stärken kann, werden mitunter von den Krankenkassen Reha-Aufenthalte verschrieben und bezahlt. Doch diese Therapien, erklärt Stephanou, bauen auf Gymnastik, Sport und das Überschreiten der eigenen Grenzen auf. Der Ansatz ist: Geh über deine Grenzen, damit du sie erweiterst. Was bei Verletzungen oder anderen chronischen Erkrankungen hilft, bewirkt bei Long Covid genau das Gegenteil: Der Körper ist überlastet.

„Wir kennen viele Betroffene, denen geht es nach der Reha schlechter als vorher“, erzählt Stephanou. Sie selbst musste auf ihrer Reha mühevoll diskutieren, ihre Belastungsgrenzen einhalten zu dürfen.

„Dieses Ausstreiten mit dem medizinischen Personal vor Ort ist auch nichts für jeden, das muss man sich auch erst mal trauen“, weiß sie.



„Long Covid bedroht die Existenzen junger Menschen – vor allem jene von jungen Frauen“, sagt Eva-Maria Holzleitner, Frauensprecherin der SPÖ im Parlament. (Foto: SPÖ)

Die Art und Weise, wie Rehabilitationen aufgebaut sind, muss für Long Covid komplett neu gedacht werden. Das ist nötig und wäre machbar, sagt Rudolf Silvan, Volksanwaltschaftssprecher der SPÖ im Parlament.

„Es ist peinlich, dass im Sozialstaat Österreich so viel Aufklärungsarbeit über einen privaten Verein laufen muss, weil es keine entsprechenden Einrichtungen des Bundes gibt. Jeder Sozialversicherungsträger verfügt über eigene Reha-Zentren. Da muss es doch möglich sein, etwas zusammen auf die Beine zu stellen und für Betroffene – auf Basis der aktuellsten Erkenntnisse über die Erkrankung – das Therapien-Angebot anzupassen.“ – Rudolf Silvan, SPÖ

ANKÜNDIGUNGEN DER REGIERUNG HAT DIESE NIE UMGESETZT

Dass die Bundesregierung hier untätig bleibt, ist ihm ein Rätsel. Schon im Vorjahr hat der Verein Long Covid Austria auf eigene Faust eine Kampagne erarbeitet, um über die Krankheitsbilder aufzuklären. Man wollte zudem mehr Einbindung von Betroffenen, denn sie wissen, was hilft – und vor allem, was nicht hilft. Die Kampagne hätte sofort von der Regierung übernommen werden können. Passiert ist: nichts. Im April 2021 kündigte das Gesundheitsministerium an, 83 eigene Long Covid-Reha-Zentren in ganz Österreich einzurichten. Passiert ist: nichts.

Man weiß von einzelnen Forschungseinrichtungen, dass sie Therapien und Medikamenten für einzelne Beschwerden arbeiten. In Südafrika forscht man an durch Corona verursachte **Mikrothromben**. In Erlangen, Deutschland, **versucht man, ein Herzmedikament** für Long Covid-Betroffene einzusetzen. In Mühlheim führt eine Ärztin Apherese durch, **um krankheitsverursachende Stoffe aus dem Blut von Long Covid-PatientInnen zu filtern**. Aber zentral organisiert und vor allem finanziert ist nichts davon. „Wir brauchen jetzt gerade endlich eine Antwort auf die Frage: **Wie behandelt man welche Symptome**“, sagt Maarte Preller vom Verein Long Covid Austria deutlich. Denn die Zeit drängt. „**Je länger es dauert, bis die richtige Diagnose und Behandlung passiert, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Beschwerden von Betroffenen chronisch werden. Dann finden die nicht mehr in den Alltag zurück, den sie vor Corona haben**“, erklärt Preller.

MENSCHEN IN IHREN 20ERN UND 30ERN SIND PLÖTZLICH ERWERBSUNFÄHIG – DAS ZERSTÖRT EXISTENZEN

Das ist dann nicht nur für die Einzelnen und ihre Familien ein Schicksalsschlag, sondern wirkt auch volkswirtschaftlich zerstörerisch, ergänzt Silvan von der SPÖ. Denn die Erkrankten fallen in ihren Jobs aus, mehr noch: Manche verlieren ihren Job, weil sie körperlich nicht mehr fit werden. In vielen Fällen, berichten Betroffene im Verein, rät die Krankenkasse dazu, **Invalidenpension zu beantragen**. Das heißt: Menschen Ende 20 oder in ihren Dreißigern wird geraten, mit ihrem Arbeitsleben abzuschließen. Corona und Long Covid **reißt die Menschen aus ihrem Leben und es gibt keine staatlich organisierte Hilfe**, im bürokratischen Hürdenlauf um Diagnosen, Krankenstandsverlängerungen, Reha-Aufenthalte und (vorübergehende) Erwerbsunfähigkeit auf die Beine zu kommen.

„Es sind vor allem Junge, deren Existenzen Long Covid gerade bedroht – und es sind **vor allem junge Frauen**“, sagt Eva-Maria Holzleitner. Sie ist Frauensprecherin der SPÖ im Parlament und hat sich die Forschungslage angesehen.

„**Frauen sind deutlich häufiger betroffen**. Eine Studie der Universität Innsbruck kam zu dem Ergebnis, dass **Männer ein um 35 bis 55 Prozent geringeres Risiko haben, an Long Covid zu leiden**“, fasst Holzleitner zusammen.

SPÖ FORDERT MEHR FORSCHUNG, ÖFFENTLICHE ANLAUFSTELLEN & ANERKENNUNG VON LONG COVID ALS BERUFSKRANKHEIT

Die SPÖ fordert einen bundesweiten „Call“, also eine Ausschreibung für das Erforschen von Long Covid durch ExpertInnen verschiedener Fachrichtungen sowie die Einbeziehung von Betroffenen, wenn es um den Umgang mit der neuen Krankheit und die Aufklärung über ihre Symptome geht. Darüber hinaus wollen die SozialdemokratInnen, dass Anlaufstellen mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen eingerichtet werden, die Betroffene mit Informationen rund um FachärztInnen, Therapien und finanzielle Fragen weiterhelfen. Zuletzt forderten die SPÖ und die Arbeiterkammer die Anerkennung von Long Covid als Berufskrankheit.



Rudolf Silvan, Volksanwaltssprecher der SPÖ, fordert mit seiner Partei die Anerkennung von Long Covid als Berufskrankheit. (Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf)

Die Anerkennung als Berufskrankheit hat für die Betroffenen den Vorteil, dass nicht nur Reha-Maßnahmen ergriffen werden, sondern auch eventuell notwendige Umschulungen ermöglicht werden oder bei verminderter Erwerbsfähigkeit eine Rente bezahlt wird, erläuterte Silvan. „Es ist nicht einzusehen, dass Beschäftigte, die während der Krise ihren Job für die Gesellschaft geleistet haben und weiterarbeiten

mussten, im Regen stehen gelassen werden, wenn sie an Long-Covid erkranken.“
Hierzu hat die SPÖ auch eine [Petition](#) gestartet.

„WIR LEBEN SEIT ZWEI JAHREN IN EINEM DAUERLOCKDOWN – EINEM KÖRPERLICHEN“

Während die SozialdemokratInnen sich im Parlament für Verbesserungen für Long Covid-Erkrankte einsetzen, kämpfen Maarte Preller und Alexa Stephanou mit ihrem Verein weiter. Und das obwohl sie selbst körperlich noch immer angeschlagen sind. „Im Grunde leben wir, die wir an Long Covid leiden, seit zwei Jahren in einem Dauer-Lockdown – einem körperlichen Lockdown.“ Die beiden Frauen wünschen sich, **dass endlich öffentliche Anlaufstellen eingerichtet werden, die beraten** und durch den Antrags-Dschungel begleiten. Denn was man jetzt Erkrankten zumutet, ist zu viel.

„Es ist im Grunde ein Wahnsinn, dass wir, die wir eine Selbsthilfegruppe sind, die einzige Anlaufstelle für Betroffene in Österreich sind. Die Verantwortung, die da auf unseren Schultern lastet, ist zu groß. Wir sind ja selbst krank und erschöpft, wollen gesund werden“, kritisiert Alexa Stephanou vom Verein Long Covid Austria.

Das Wissen, das sie und ihre Kolleginnen weitergeben, haben sie sich selbst zusammengesucht oder erfragt. Manchmal geben sie Tipps weiter, weil sie selbst etwas probiert haben es geholfen hat. **Eine Histamin-arme Ernährung zum Beispiel – weil sich mit ihr Entzündungswerte im Körper senken lassen.** Sie sind aber allesamt keine MedizinerInnen, betonen Stephanou und Preller. Und genau das ist der Punkt: Die Hilfe sollte von medizinischem und therapeutischem Fachpersonal kommen und zwar zentral organisiert und angeboten. Alles andere, sagen die beiden Frauen, öffne irgendwelchen Selbstversuchen und angeblichen Wunderheilern Tür und Tor, die gezielt Menschen in Notsituationen ausnützen.

KONTRAST.at

<https://kontrast.at/oevp-postenschacher-liste/?fbclid=IwAR2IevinU7k3Nx3wYYzPNhEQWLRpK7aJUGmWI8nH0DYpJGdxLDgxsaMaAgE>



Top-Jobs nur mit Parteibuch: Das ist die ÖVP-Postenschacher-Liste!

ÖVP-Korruptionsaffäre

Die Vorwürfe: Veruntreuung, Bestechung,
und gekaufte Medien

K

Von [Kontrast Redaktion](#)

Veröffentlicht am 13. Februar 2022 um 19:03 | [Dossier](#) | Lesezeit: 14 Minuten

Die Handys von Thomas Schmid und Michael Kloibmüller sind eine Goldgrube für die Staatsanwaltschaft. Im Wochentakt kommen neue ÖVP-Skandale ans Tageslicht. Es geht um „Interventionen“ und Postenschacher. Weil man mittlerweile den Überblick verliert, haben wir die ÖVP-Postenschacher der letzten Jahren in einer Liste zusammengefasst.

Die ÖVP kommt aus den Skandal-Schlagzeilen nicht heraus. Öffentlich gewordene Chats zeigen, welche Günstlingswirtschaft im Finanz- und Innenministerium betrieben wurde. Seit geraumer Zeit interessiert sich auch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft für die ÖVP und ihre Spitzenpolitiker. Zum Problem wurden ja vor allem die Handys von Thomas Schmid und Michael Kloibmüller – konkret: die peinlichen und derben Chats, die diese gespeichert hatten. Sie zeichnen nach, wie die ÖVP Posten an ihre „Familie“ vergeben hat. Um Qualifikationen ging es

selten – mehr darum, unliebsame Personen zu verhindern oder private Träume zu erfüllen.

Inhaltsverzeichnis

Thomas Schmid: Die Postenbesetzung, die die ÖVP am meisten bereut (2019)

Ein ÖVP-Bürgermeister wird Finanzamtsleiter (2017)

Intervention für Sigi Wolf – Top-Job für „kooperative“ Beamtin (2018)

Die Job-Drehscheibe im Innenministerium: Michael Kloibmüller (2016, 2017 etc.)

Omar Haijawi-Pirchner: Ein unerfahrener Kriminalbeamter wird Chef des Geheimdienstes (2021)

ÖVP-Klubobmann wird Leiter des LVT Kärnten – und schnell wieder abgezogen (2022)

Eva Marek: Eine „steuerbare“ Oberstaatsanwältin in Wien (2014)

Missglückter Interventionsversuch: Christian Pilnacek wünscht sich Top-Posten für Ehefrau (2021)

Nach ÖVP-Parteispende wird eine Tochter ÖBAG-Aufsichtsrätin (2019)

Personal-Rochaden per „Sideletter“: Kurz dealt sich Top-Posten mit Strache und Kogler aus (2017 und 2020)

Glatz-Kremsner: von der ÖVP-Vizechefin zur Casinos-Chefin (2019)

Postenschacher heißt auch, unliebsame Personen in Ministerien zu verhindern (2015)

THOMAS SCHMID: DIE POSTENBESETZUNG, DIE DIE ÖVP AM MEISTEN BEREUT (2019)

Wenn die ÖVP eine Postenbesetzung bereut, dann ist es wohl die von Thomas Schmid. Schließlich brachte das Handy des Ex-ÖBAG-Vorstands **zahlreiche Ermittlungen und Skandale ins Rollen**. Kontrast.at hat die Chats zusammengefasst. Doch bis Schmid, der als Pressesprecher im Ministerium startete, zum Manager der österreichischen Staatsbeteiligungen aufsteigt, muss einiges erledigt werden: Im Sommer 2018 bereiten Schmid und seine Parteifreunde alles vor. Lange bevor die Stelle ausgeschrieben ist, tauscht er sich mit Vertrauensleuten über künftiges Personal und Räumlichkeiten aus.

*Im Dezember 2018 ist es schließlich soweit: Das ÖBAG-Gesetz wird beschlossen. „**Schmid AG fertig!**“, vermeldet Blümel zufrieden an Schmid.*

Schmid muss sich aber noch offiziell bewerben und im März 2019 einem Hearing stellen. Das Problem: Es fehlt ihm an internationaler Arbeitserfahrung, die der Job als ÖBAG-Chef erfordert. **Praktischerweise streicht man diesen Teil im Ausschreibungstext** kurzerhand heraus, sodass die Stelle für Schmid maßgeschneidert ist. Im März 2019 bekommt Schmid seinen Traumposten.



Sebastian Kurz beruhigt Thomas Schmid: **Alles verläuft nach Plan in Sachen ÖBAG.**

Ein ÖVP-Bürgermeister wird Finanzamtsleiter (2017)

Mehrmals muss Thomas Schmid beweisen, dass er nützlich für die "türkische Familie" ist. So zum Beispiel 2017, als er scheinbar mithilft, einen **ÖVP-Bürgermeister zum Chef des Finanzamtes Braunau-Ried-Schärding (OÖ) zu machen.** Die Besetzung ist schon damals umstritten. Der neue ÖVP-Parteigänger arbeitete erst seit kurzem beim Amt. Geeigneter ist ganz offensichtlich die langjährige, leitende Beamtin des Finanzamtes Braunau-Ried-Schärding, Christa Scharf, die sich ebenfalls bewirbt. Das bestätigt später auch das Bundesverwaltungsgericht.

Im Finanzministerium, das damals in den Händen von ÖVP-Minister Hans Jörg Schelling ist, ist früh klar, dass der ÖVP-Bürgermeister den Posten bekommen soll. Denn ein Parteiliefer im Nationalrat – so der Verdacht – soll sich für diesen starkgemacht haben: August Wöginger. Chats zeigen, dass er sich damals mit Thomas Schmid über den ÖVP-Bürgermeister entsprechend unterhält. **Der Verdacht steht im Raum, dass man auf die Besetzung der Kommission Einfluss genommen hat, die letztlich die Entscheidung für die Besetzung trifft.**



August Wöginger soll 2017 für eine parteipolitisch motivierte Postenbesetzung bei einem Finanzamt in Oberösterreich interveniert haben. Bei Thomas Schmid, der damals Kabinettschef im Finanzministerium war.

Kritisch beurteilt Bewerberin Scharf auch die für die Postenbesetzung verantwortliche Bestellungen-Kommission: „In meinen Augen war es keine unabhängige Kommission“. Dieser Eindruck dürfte nicht täuschen, denn sämtliche Mitglieder der Kommission waren auch Mitglieder der ÖVP-Beamten-Gewerkschaft „FCG“, wie die Staatsanwaltschaft in ihrem Akt festhält.

Nun, 2022, hat sich die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft eingeschaltet. Eine parteipolitisch motivierte Postenbesetzung steht im Raum. Übrigens: Der damalige Leiter der Kommission ist heute Chef des Finanzamts Österreich.

INTERVENTION FÜR SIGI WOLF – TOP-JOB FÜR „KOOPERATIVE“ BEAMTIN (2018)

Ein anderes Mal erweist sich Schmid für den Multimillionär und Investor Siegfried Wolf als nützlich. Er soll – so wollte es die österreichische Finanzaufsicht – im Jahr 2016 Steuern im Wert von 7 Millionen Euro nachzahlen, inklusive Strafzinsen in der Höhe von über 686.000 Euro. Wolf und sein Steuerberater wollen diese Nachzahlung verhindern.

Sie sprechen im Finanzministerium vor und wollen ausloten, ob man da nicht etwas für Wolf machen könne. Kabinettschef dort ist: Thomas Schmid. Der hat für Wolf ein offenes Ohr und entscheidet gegen die Rechtsmeinung der eigenen Fachaufsicht im Ministerium. Im April 2018 stellt Wolf einen offiziellen Antrag auf Nachsicht beim Finanzamt Wiener Neustadt – und das stimmt überraschend zu. Die Republik

verzichtet damit auf 630.000 Euro Steuernachzahlung. Aber warum erfüllt man im dortigen Finanzamt so einfach den Wunsch von Siegfried Wolf?

Die Vermutung der WKStA: Eine involvierte Finanzbeamtin darf damals auf eine Beförderung hoffen, wenn sie – zugunsten von Wolf – mitspielt. Die Finanzbeamtin und Siegfried Wolf sollen sich auf einer Autobahn-Raststätte getroffen haben.

Wolf schreibt: „Liebe ... – guten Morgen – 11.30 Raststätte Guntramsdorf? Passt dir das? Sigi“. Die Antwort der Beamtin: „Passt gut.“ Danach schreibt Wolf an Schmid: „Thomas, gute Morgen!! Ich habe mit der Dame geredet. Sie will Baden.“ Ein Aufstieg, denn das Finanzamt Baden/Mödling ist das zweitgrößte in Österreich.

Die Finanzbeamtin bedankt sich laut „profil“ auch bei Wolf mit den Worten „Nochmals thanks!!!!!!!, scheine dem Herrn Bundesminister ... vorgeschlagen zu sein“. Wolf antwortet: „With pleasure du gibst einfach einen aus !!“

DIE JOB-DREHSCHEIBE IM INNENMINISTERIUM: MICHAEL KLOIBMÜLLER (2016, 2017 ETC.)

Was Thomas Schmid im Finanzministerium ist, ist Michael Kloibmüller im Innenministerium. Kloibmüller ist Kabinettschef unter mehreren Innenminister:innen, auch unter Wolfgang Sobotka oder Johanna Mikl Leitner. Seine Karriere nimmt vor 22 Jahren Fahrt auf: im Kabinett von Ernst Strasser. Es ist jener ÖVP-Innenminister, dessen Fuß später eine elektronische Fußfessel zierte. Strasser ist für besonders dreiste „Umfärbungen“ bekannt. Und Kloibmüller setzt sie um. Seine MinisterInnen melden sich wegen Kleinigkeiten:

Mal geht es um den Ferialjob für den Neffen von Johanna Mikl-Leitner („Verlass mich auf euch. Hanni ml.“), mal um Beförderungen für einen ÖVP-Polizisten („Wurde gebeten, ein gutes Wort für ihn einzulegen. Da er in der FCG recht fleißig ist, mach ich das gerne.“ – Wolfgang Sobotka)

Dabei muss sich Michael Kloibmüller auch mit Dummheiten herumschlagen, wie einer „Interventionsliste“ Sobotkas, die dieser offenkundig direkt auf dem Server des Innenministeriums abspeichert.

Ein Beispiel für die „Nützlichkeit“ Kloibmüllers für die ÖVP ist die Besetzung des Wiener Vizepolizeipräsidenten 2017: Dass sich mit Andrea Jelinek eine als kompetent und loyal beschriebene Frau bewirbt, ist für die ÖVP eine „Katastrophe“, berichtet der „Standard“. „Ich mach mir Sorgen“, schreibt der heutige Wiener ÖVP-Chef Karl Mahrer an Kloibmüller, rechnet man Jelinek doch der SPÖ zu. Auch der damalige Innenminister Wolfgang Sobotka sowie der heutige Generaldirektor für

öffentliche Sicherheit, Franz Ruf, und der Wiener Polizeipräsident Wolfgang Pürstl sollen beim Versuch, Jelinek zu verhindern, involviert sein. Das Ergebnis: Statt Jelinek heißt der Wiener Vizepolizeipräsident heute Franz Eigner.



Machte sich für ÖVP-Polizisten-Beförderung stark und speicherte „Interventionen“-Vorhaben gleich auf einem Ministeriums-Computer ab: Wolfgang Sobotka.

OMAR HAIJAWI-PIRCHNER: EIN UNERFAHRENER KRIMINALBEAMTER WIRD CHEF DES GEHEIMDIENSTES (2021)

Im Innenministerium werden großzügig ÖVP-Parteigänger auf sensible Posten gesetzt. Wie groß das Ausmaß und wie sensibel die Posten waren, zeigt das Beispiel des österreichischen Verfassungsschutzes.

Als Ernst Strasser im Jahr 2000 das Amt des Innenministers übernimmt, hat er ein Problem: Er ist der erste schwarze Innenminister seit Jahrzehnten – und hat seiner Meinung nach viel aufzuholen. 2002 gründet er das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Er legt die Staatspolizei und mehrere Abteilungen des Innenministeriums zusammen. Netter Nebeneffekt: Bei einer Zusammenlegung kann er über alle wichtigen Posten neu bestimmen.

Viele ÖVPLer machen in dieser Zeit Karriere – ein schwarzer Innenminister folgt auf den nächsten. Unterbrochen wird diese Serie von Herbert Kickl als Innenminister. Es kommen katastrophale Zustände im BVT ans Tageslicht. Ein Machtkampf im

Innenministerium bricht aus. Was macht Kickls Nachfolger Nehammer? Wieder gründet er einen neuen Geheimdienst. Nach nur 19 Jahren – kein langes Leben für einen staatlichen Nachrichtendienst – löst er das BVT auf und überführt die Agenden in die „Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst“. Wieder kann er Posten neu besetzen.

Selbstverständlich spiele dabei laut Nehammer die Parteizugehörigkeit keine Rolle. Neuer Leiter des **“DSN” wurde Omar Haijawi-Pirchner**. Er war zuvor eigentlich Kriminalpolizist und hat keine nachrichtendienstliche Erfahrung. Kein Wissen über heikle Bereiche von Islamismus, Rechtsextremismus oder Spionageabwehr. Keine Kenntnis über internationalen geheimdienstlichen Netzwerke. Trotzdem steht er an der Spitze des neuen Dienstes. Doch es gibt etwas, das er hat und andere nicht: Ein Erinnerungsfoto von einer ÖVP-Flyeraktion mit Susanne Raab.



2021 richtet Karl Nehammer als Innenminister die „Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst“ ein – und macht einen ÖVP-Parteifreund zum Leiter.

ÖVP-KLUBOBMANN WIRD LEITER DES LVT KÄRNTEN – UND SCHNELL WIEDER ABGEZOGEN (2022)

Der Anfang 2022 frisch ernannte Leiter des Kärntner Landesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) war zuvor ein Kärntner Spitzenpolitiker der ÖVP: Klubobmann im Landtag. Eine gute Voraussetzung für den Job. **Da stört es Innenminister Gerhard Karner nicht einmal, dass Tauschitz anno dazumal am rechtsextremen Ulrichsbergtreffen teilnimmt.**

Das Ulrichsbergtreffen wird vom Verfassungsschutz beobachtet – Tauschitz kennt es sozusagen als “live“-Erfahrung. Er hält bei dem Treffen sogar Reden. Nach lauter Kritik aus dem In- und Ausland wird Tauschitz nach kurzer Zeit wieder aus der Position als LVT-Chef abgezogen. Doch Tauschitz fällt weich: Er bekommt einen

“anderen Verantwortungsbereich in der Landespolizeidirektion Kärnten” zugeteilt, wie es heißt.

EVA MAREK: EINE “STEUERBARE” OBERSTAATSANWÄLTIN IN WIEN (2014)

Nicht nur in Finanz- und Innenministerium mischt die ÖVP beim Personal mit: 2014 kommt zu einer Aufsehen erregenden Besetzung im Justizministerium. Eva Marek wird die neue Leiterin der Oberstaatsanwaltschaft Wien. Es ist schon damals eine umstrittene Personalentscheidung, die vom ÖVP-Justizminister Wolfgang Brandstetter getroffen wird. Der rechtfertigt seine Entscheidung für Marek damit, dass die eigentliche Favoritin, Ilse Maria Vrabl-Sanda, als Leiterin der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft „unverzichtbar“ sei. Eine unangenehme Rechtfertigung, findet Marek und lässt das Brandstetter auch wissen, wie 2022 aufgetauchte Chats zeigen:

„Danke Dir für die ~~peinliche Vorführung in der Perskomm.~~ DANKE für das Einhalten unserer Gespräche und dass ich Dir aus einer ausweglosen Situation helfen dürfte. SPRICH (Maria-Luisa) Nittel und Vrabl verhindert werden mussten“, soll Marek damals wütend schreiben.

Die ÖVP will, dass zwei andere Bewerberinnen nicht zum Zug kommen. Denn: Marek gilt – so formuliert es Florian Klenk vom “Falter” – als “steuerbar”. Das kommt vor allem deshalb gelegen, weil sie als **Oberstaatsanwältin in Wien auch Vorgesetzte der WKStA ist** – also jener Behörde, die der ÖVP noch öfter gefährlich wird.

Marek ist bis 2018 Leiterin der Oberstaatsanwaltschaft Wien und seit 1. Februar 2018 Vizepräsidentin des Obersten Gerichtshofs. Mareks Nachfolger in der Leitung der Oberstaatsanwaltschaft wird Hans Fuchs. Er setzt später – gemeinsam mit Christian Pilnacek – die WKStA bei den **Ibiza-Ermittlungen unter Druck**. Die Details erzählt die Korruptionsstaatsanwältin Christina Jilek 2021 im Ibiza-Untersuchungsausschuss.

MISSGLÜCKTER INTERVENTIONSVERSUCH: CHRISTIAN PILNACEK WÜNSCHT SICH TOP-POSTEN FÜR EHEFRAU (2021)

Ein anderer Fall aus dem Justizministerium zeigt, mit welcher Selbstverständlichkeit ÖVP-Politiker sich Posten für sich und ihre “türkise Familie” gesichert haben – oder sich sichern wollten. Der einstige Sektionschef im Justizministerium, Christian Pilnacek, will Ende 2020 einen Top-Job für seine Frau ergattern:

“Lieber Herr LH, Prosit 2021 und viel Erfolg im Vorsitz der LH-Konferenz; möchte nur informieren, dass Präsident des OLG Graz ausgeschrieben ist; wäre Gelegenheit, das an unsere (sic!) Familie begangene Foul auszugleichen.,,

schreibt Pilnacek wohl in der Nacht zum 1. Jänner 2022 an den steirischen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer von der ÖVP.

Er fühlt sich von der grünen Justizministerin in seiner Macht beschnitten, weil diese seine einst mächtige Sektion im Ministerium aufgeteilt und ihm die Leitung der nun kleineren Sektion übertragen hat. Sein Interventionsversuch bleibt jedoch erfolglos. Hermann Schützenhöfer ist schlicht nicht zuständig und es gibt keine Beförderung der Ehefrau.

Medial fällt Pilnacek auf, als Aufnahmen öffentlich werden, in denen er die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft auffordert, Ermittlungen in der Causa Eurofighter zu „daschlogen“. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn. Er soll dem Anwalt des Immobilieninvestors und Milliardärs Michael Tojner verraten haben, dass eine Hausdurchsuchung bevorsteht.

NACH ÖVP-PARTEISPENDE WIRD EINE TOCHTER ÖBAG-AUFSICHTSRÄTIN (2019)

Bei Postenbesetzungen lohnt sich auch der Blick abseits von Kabinetten – zum Beispiel hinein in Aufsichtsräte.

2019 wird Thomas Schmid bekanntlich Alleinvorstand der ÖBAG. Diese bekommt auch einen neuen Aufsichtsrat. Ein Mandat wandert an die Tochter von Klaus Ortner. Ortner ist Großaktionär der „Porr“ und spendet der Kurz-ÖVP in den Jahren 2017 bis 2019 etwa eine Million Euro. Das Mandat seiner Tochter will er nicht im Zusammenhang mit seiner finanziellen Zuwendung an die ÖVP sehen.

PERSONAL-ROCHADEN PER „SIDELETTER“: KURZ DEALT SICH TOP-POSTEN MIT STRACHE UND KOGLER AUS (2017 UND 2020)

Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache treffen 2017 geheime Nebenabsprachen – parallel zum offiziellen Koalitionspapier. In einem sogenannten „Sideletter“ schreiben sie detailliert ihre Personal-Pläne für Top-Jobs nieder. 2022 taucht das Geheimpapier auf.

Die ÖVP und die FPÖ sichern sich in diesem Geheimpapier Posten und Positionen im Verfassungsgerichtshof, im Verwaltungsgerichtshof, im ORF, in der Nationalbank (OeNB), den ÖBB, der Asfinag, der Staatsholding, den Gerichtshöfen der Europäischen Union, der EU-Kommission, dem EU-Rechnungshof und der Europäischen Investitionsbank gegenseitig zu. Vor allem die ÖVP macht Ansprüche geltend. Kurz deponiert für die ÖVP schon 2017 Namen wie Wolfgang Brandstetter oder Christoph Grabenwarter für Verfassungsrichter-Posten.

2. Bundespräsident
 - Die Koalitionsparteien stimmen überein, dass sie bis zum 1.12.2021 eine Abstimmung zur allfällig gemeinsamen Vorgangsweise bzgl. der Nominierung eines Kandidaten für die Wahl der Bundespräsidenten vornehmen.
3. Verfassungsgerichtshof
 - Präsident:
 - bis zum 31.12.2019 Brigitte Bierlein (FPÖ)
 - ab 1.1.2020 Christoph Grabenwarter (ÖVP)
 - Vizepräsident:
 - bis 31.12.2019: Christoph Grabenwarter (ÖVP)
 - ab 1.1.2020: Hauer (FPÖ)
 - Nachfolge Müller: Hauer (FPÖ)
 - Ab 1.1.2020: Nachfolge für Hauer Nominierung durch ÖVP
 - Nachfolge Berchtold-Ostermann: Wallentin (unabhängig)
 - Nachfolge Grabenwarter: Brandstetter (ÖVP)
4. Nationalbank
 - Nominierung Präsident bzw. Gouverneur: Der ÖVP obliegt das Wahlrecht zur Nominierung einer der beiden Positionen. Die jeweils andere Position wird durch die FPÖ nominiert.
 - Direktorium: 2 der 4 Positionen für die FPÖ
5. EU-Kommissar
 - Nominierung durch die ÖVP

Mit Strache schreibt Sebastian Kurz in einem „Sideletter“ 2017 unter anderem fest, welche Top-Jobs in Gerichten welche Parteiliebe bekommen sollen.

Auch mit den Grünen verfasst die ÖVP einen geheimen Sideletter. Er ist kürzer als jener aus 2017 und teilt Spitzenposten im Verfassungsgerichtshof, im Verwaltungsgerichtshof, im Bundesverwaltungsgericht und in der Nationalbank zwischen den Parteien auf. Anders als Kurz und Strache halten Kurz und Kogler noch keine Namen, sondern legen „nur“ fest, welche Partei wo ein Nominierungsrecht hat.

GLATZ-KREMSNER: VON DER ÖVP-VIZECHEFIN ZUR CASINOS-CHEFIN (2019)

Bettina Glatz-Kremsner wird im Mai 2019 Vorstandsdirektorin der Casinos Austria. Damals ist sie auch noch Vize-Parteichefin der ÖVP Bundeskanzler Kurz hat sie zwei Jahre davor dazu gemacht. 2017 hat sie ihm für seinen Wahlkampf 10.000 Euro gespendet.

2020 beginnt die Staatsanwaltschaft in der „Casino-Affäre“ zu ermitteln. Bei ihrer Einvernahme behauptete Glatz-Kremsner, mit niemandem aus der ÖVP-Spitze über ihre Bestellung zur Casinos-Chefin samt Millionen-Abfertigung gesprochen zu haben. SMS-Protokolle sollen aber zeigen, dass das nicht stimmt. Schmid und Glatz-Kremsner beraten sich mehrmals über ihren Weg an die Casinos-Spitze. Er versichert ihr aus dem Finanzministerium: „Du wirst dort CEO!“ Und setzt noch nach: „Das MUSS klappen“. Sie ist etwas nervös, aber zuversichtlich.

In den Chats der beiden geht es ausschließlich um Karriereziele, nicht um Wirtschaftspolitik oder ähnliches. Es geht nur um Posten und Geld. Als es dann endlich klappt mit ihrem Vorstandsposten, schreibt ihr Schmid, der mittlerweile auch zum ÖBAG-Alleinvorstand aufgestiegen ist:

„Hast du feiern können? Wir müssen anstoßen auf unsere neuen Karrieren“ – „Ganz bald“. Glatz-Kremsner antwortete: „Ja – ein wenig. War gerade beim BK!!“. Gemeint ist Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Die WKStA ermittelt gegen Glatz-Kremsner wegen des Verdachts auf Falschaussage.



Diverse Ermittlungen, u.a. wegen Verdachts auf Falschaussagen, gegen Wolfgang Sobotka wurden eingestellt, gegen Glatz-Kremsner laufen sie noch.

POSTENSCHACHER HEISST AUCH, UNLIEBSAME PERSONEN IN MINISTERIEN ZU VERHINDERN (2015

Für den einstigen ÖVP-Jusitzminister Brandstetter wird es abermals ungemütlich. Diesmal lautet der Vorwurf der Staatsanwaltschaft: **Verdacht auf Amtsmissbrauch**. 2015 soll Brandstetter bei der Besetzung einer Abteilungsleitung gegen den erstgereihten Bewerber interveniert haben – obwohl sich die unabhängige Personalkommission für diesen eingesetzt hat.



Einst Justizminister, jetzt ermittelt die Justiz gegen ihn: Wolfgang Brandstetter von der ÖVP. (Foto: VfGH/Achim Bieniek, CC BY-SA 3.0 AT)

Brandstetter soll eigenhändig ein Hearing angesetzt haben. Der Beamte bekommt den Job als Abteilungsleiter nicht und wird sogar noch degradiert. Der wehrt sich und bekommt vom Bundesverwaltungsgericht Recht. In der BVwG-Entscheidung aus dem Sommer 2018 heißt es, das Vorgehen des Ministeriums wäre „in einem bedenklichen Ausmaß unsachlich (...) und willkürlich“ gewesen. Brandstetter bestreitet den Vorwurf des Amtsmissbrauchs.

https://kurier.at/chronik/niederoesterreich/oevp-vize-aus-noe-tritt-wegen-corona-politik-im-bund-zurueck/401904436?utm_medium=Social&utm_source=Facebook&tpcc=facebookpost&fbclid=IwAR19H3vm3djf_vipUKNnkWMsGB0rGmJkm5nGeGEP33HH3jHfYm4PEakHRDM#Echobox=1644824130



CHRONIK

NIEDERÖSTERREICH

13.02.2022

ÖVP-Vize aus NÖ tritt wegen Corona-Politik im Bund zurück

ÖVP-Vize aus NÖ tritt wegen Corona-Politik im Bund zurück

Die Umsetzung der Impfpflicht ohne Evaluierung sei für den Rücktritt von Katharina Geppel aus Kirnberg (Bezirk Melk) ausschlaggebend gewesen.

von *Sophie Seeböck*

Seit 2015 saß Katharina Geppel für die ÖVP im Gemeinderat von Kirnberg an der Mank im Bezirk Melk. 2020 übernahm sie „mit viel Engagement und Leidenschaft“ das Amt der Vizebürgermeisterin, wie sie erzählt. Am Freitag legte sie nun alle ihre politischen Funktionen zurück.

Spaltung der Gesellschaft

Der Grund seien die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung, bestätigt Geppel auf KURIER-Anfrage einen Bericht der NÖN. Bereits im November kritisierte sie die 2-G-Regelung öffentlich. „Damit wurde nicht zur Pandemiebekämpfung, sondern zur Spaltung der Gesellschaft beigetragen“, teilte die selbst geimpfte diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerin ihren Unmut auch der ÖVP mit. Eine Antwort erhielt sie nicht.

„Mit der Einführung der Impfpflicht, die in Anbetracht der aktuellen Lage nicht mehr evaluiert wird, kann ich den Weg der Partei nicht mehr weiter mitgehen. Die Entwicklung der Gesellschaft geht in die falsche Richtung, ich möchte meine Kinder nicht in eine gesplante Welt entlassen“, sagt Geppel.

Obwohl ihre Entscheidung nichts mit der Gemeindegemeinschaft per se zu tun habe, könne sie sich eine Rückkehr momentan nicht vorstellen.

https://report24.news/sicherstellen-dass-great-reset-weitergeht-soros-jr-besuchte-sobotka-und-polaschek/?feed_id=12138

- [POLITIK](#), [WELT](#)

Sicherstellen, dass Great Reset weitergeht? Soros jr. besuchte Sobotka und Polaschek

- 15. Februar 2022

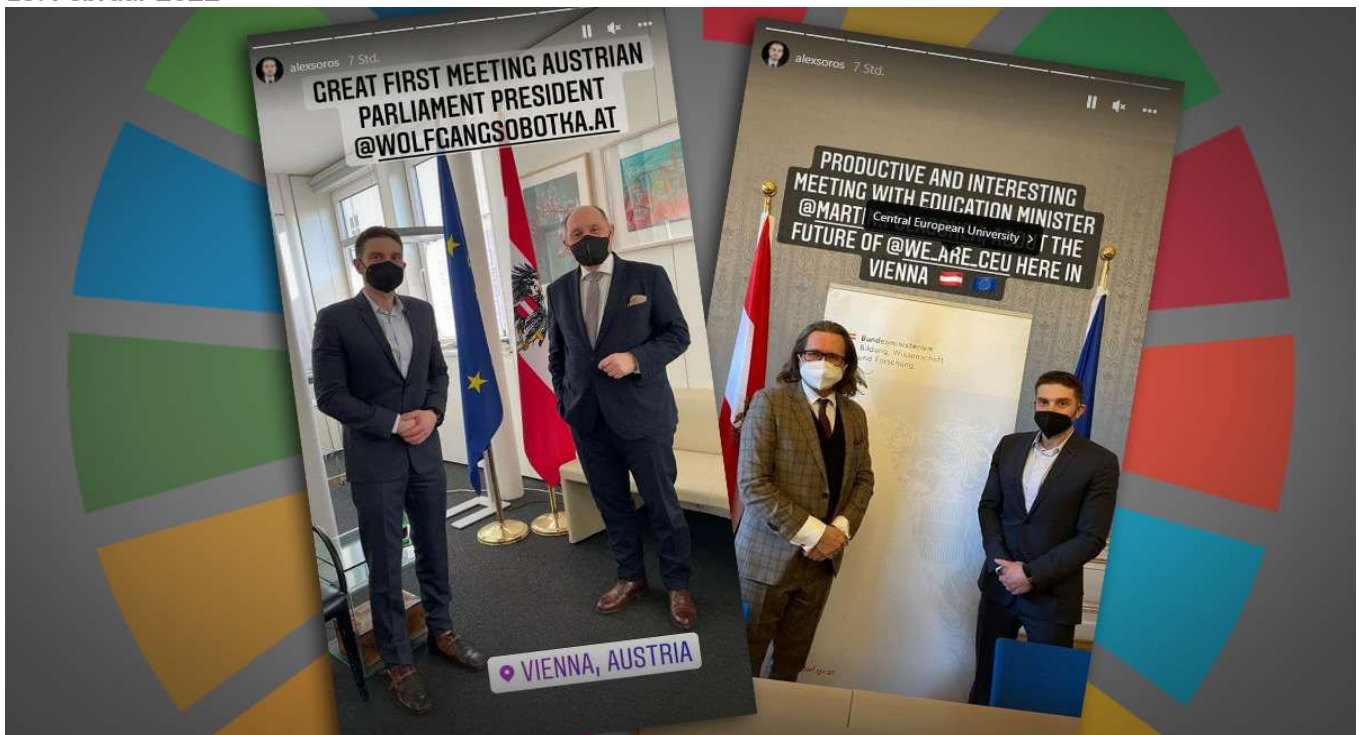


Bild: Screenshots vom Instagram-Auftritt, Alexander Soros

Alexander Soros, der Sohn des selbsternannten Weltenlenkers und Multimilliardärs George Soros, besuchte offenbar gestern, am 14. Februar, Nationalratspräsident Sobotka (ÖVP) und Bildungsminister Polaschek (ÖVP). Interessanterweise suchten

die beiden Besuchten wohl nicht die Öffentlichkeit. Hätte Soros die Bilder nicht in seinem Stream veröffentlicht, wäre das erneute Gemauschle zwischen dem Vertreter des hohen Geldadels und der österreichischen Bundespolitik wohl völlig untergegangen.

Ein Kommentar von [Willi Huber](#)

Offiziell, wenn man die wenigen verfügbaren Schnipsel des Besuchs analysiert, soll es sich bei dem Besuch um Soros' Privatuniversität gedreht haben. Tatsächlich ist aber eine massive Einflussnahme auf die ÖVP zu vermuten. Im vergänglichen „Stream“ des Instagram-Accounts von Alexander Soros sind Treffen mit der grauen Eminenz hinter der ÖVP, Erhard Busek, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) und Bildungsminister Martin Polaschek (ÖVP) festgehalten. Sucht man auf diversen Kanälen der ÖVP, findet man seltsame Zurückhaltung und keine Spur eines solchen Besuchs.

Dem Soros-Clan ist es wichtig, stets enge Kontakte zur hohen Politik in Österreich zu pflegen. Höflich formuliert. Weniger höfliche Kritiker sprechen von Befehlsausgaben und Kontrollbesuchen. So ist es auffällig, dass Alexander Soros im vergangenen Jahr am 10. November auch Kurzzeit-Kanzler Schallenberg einen Besuch abstattete – innerhalb der wenigen Tage, in denen dieser das Amt innehatte (11. Oktober bis 6. Dezember). Seinen umstrittenen, mit irrem Blick getätigten Sager, man müsse „die Zügel für die Ungeimpften straffer ziehen“, tätigte Schallenberg allerdings bereits am 6. November. Vielleicht lachte man später ja gemeinsam bei einem teuren Champagner darüber.

Steuerzahler muss wissen, welchen Geheimbünden Spitzenpolitiker dienen

Für die Bürger stellt sich die Frage, ob sie kein Anrecht darauf haben, zu wissen, mit wem sich die politischen Vertreter Österreichs treffen und umgeben. Ob der Steuerzahler nicht wissen sollte, in welchen Kreisen und Geheimbünden sich diese erste Liga der Politik herumtreibt. Und welchen Herren sie letztendlich dienen – denn dass speziell die Führung der ÖVP kein Interesse daran hat, im Sinne der Österreicher zu arbeiten, liegt auf der Hand. Wenn sie aber die Interessen ausländischer Milliardäre vertreten, sollen sie das zumindest offen deklarieren.

Erhard Busek gilt wie Wolfgang Schüssel als nach wie vor mächtiger Lenker hinter der ÖVP, außerdem wird ihm auf Basis vieler Indizien eine Mitgliedschaft bei den Freimaurern nachgesagt. Soros bezeichnet Busek in seinem Instagram_Stream als alten Freund („old friend“) und legendären österreichischen Staatsmann („legendary Austrian statesman“). Busek ist ehemaliger Vizekanzler, Vorstandsvorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa und Ehrenpräsident des Europäischen Forums Alpbach. In letzterem werden intensiv globalistische Agenden wie der Klimawahn und der Great Reset, auch unter dem Deckmäntelchen der SDG der Vereinten Nationen betrieben.

Enges Naheverhältnis zwischen Soros und Schwab

Alexander Soros ist auch ein enges Bindeglied zwischen den Globalisten und Superreichen George Soros und Klaus Schwab, denn er ist seit 2018 Mitglied der Young Global Leaders des Weltwirtschaftsforums. Untenstehendes Foto zeigt Soros auf einer seiner Reisen in Griechenland – mit einem etwas exzentrischen Kleidungs geschmack.



Speziell auf Twitter wird vielfach darauf hingewiesen, dass Regierungschefs nach Soros-Besuchen dazu tendieren, die Corona-Maßnahmen zu verschärfen – speziell auch in Hinblick auf den Impfwang.



Armand Klein
@realArmandKlein



Son of George Soros, Alexander Was on November 2021 in Austria & in France, weeks later Austria Primary Minister brought a bill 🗳️ Covid19 Vaccine Mandate & Macron wants to do the same, strange right? in which european countries was he still where democrats rule? Is This A Plot?



11:52 vorm. - 29. Jan. 2022



351



Sieh dir aktuelle Informationen zu COVID-19 auf Twitter an

[29 Antworten lesen](#)

Symbolbild: Freepik



Booster: Aggressiver Ausschlag und Juckreiz nach 3. Injektion!

Neue Nebenwirkung: Es häufen sich Meldungen über schlimm juckende Ausschläge nach der sogenannten Booster-Impfung. Dagegen verschriebene Medikamente wie Cortison oder Anti-Allergika wirkten kaum. Der direkte Zusammenhang mit der Impfung wurde bereits von mehreren Ärzten bestätigt.

www.auf1.tv

AUF 1

Public Health Graz

Dänemark ist dichter besiedelt und hat dreimal weniger Spitalsbetten bzw. viermal weniger Intensivbetten als Österreich. Trotzdem hat Dänemark - so wie alle skandinavischen Länder - immer versucht, die Verhältnismäßigkeit aller Maßnahmen zu berücksichtigen. Vielfach auf Basis eigener Kohortenstudien (Langzeitbeobachtungen) von denen es in Skandinavien gleich mehrere gibt. Aber auch auf Basis exzellenter Register und einer soliden Datenbasis. Ein politische Inszenierung, fand nicht statt. Auch keine Angstmacherei durch Politik und Medien. In den skandinavischen Ländern ist auch nicht alles perfekt gelaufen. Aber wenn in Österreich endlich eine Aufarbeitung der letzten beiden Jahre beginnt, dann müssen die Verantwortlichen gute Antworten auf viele Fragen haben. Speziell was alle Maßnahmen für Kinder- und Jugendliche, aber auch alle Maßnahmen im Bildungsbereich betrifft. Die Einzigartigkeit Österreichs wurde ständig betont. Jetzt muss sie auch exzellent begründet werden. Auch vor dem Verfassungsgerichtshof.

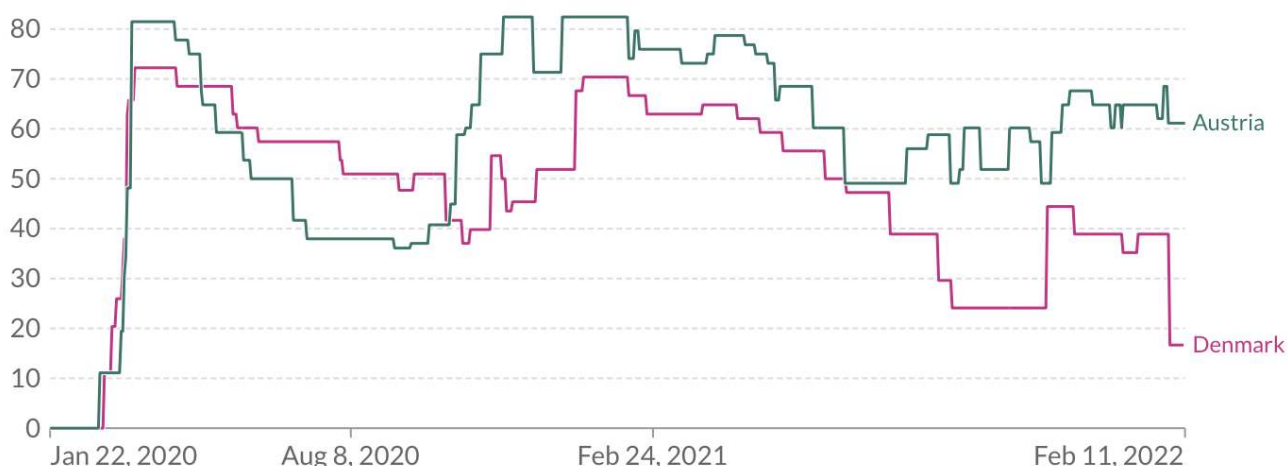
COVID-19 Stringency Index

The stringency index is a composite measure based on nine response indicators including school closures, workplace closures, and travel bans, rescaled to a value from 0 to 100 (100 = strictest).

If policies vary at the subnational level, the index shows the response level of the strictest subregion.

Our World
in Data

+ Add country



Source: Oxford COVID-19 Government Response Tracker, Blavatnik School of Government, University of Oxford - Last updated 14 February 2022, 09:50 (London time)
OurWorldInData.org/coronavirus • CC BY

▶ Jan 21, 2020 ○ Feb 11, 2022

Public Health Graz

Aktueller Review des Norwegischen Instituts für Public Health - <https://bit.ly/3Lvt4eO> - zu Long COVID.

Conclusio: Ein schwerer Verlauf von COVID-19, der einen Krankenhausaufenthalt oder eine Intensivbehandlung erforderte, korreliert mit mehr Symptomen nach sechs bis 12 Monaten. Das Spektrum der Langzeitsymptome bei Krankenhauspatienten ist am größten, wobei allgemeine, neurologische und pulmonale Symptome am häufigsten auftreten. Frauen zeichnen sich durch ein höheres Risiko für die Entwicklung von Langzeitsymptomen aus. Viele Patienten mit leichtem und mittelschwerem COVID-19 (nicht im Krankenhaus) berichten über Symptome nach sechs bis 12 Monaten. Jedoch zeigen kontrollierte Studien,

dass viele dieser Symptome auch von nicht infizierten Kontrollpersonen berichtet werden. Die Symptome bei Patienten mit leichtem und mittelschwerem COVID-19 ähneln denen in der Allgemeinbevölkerung. Das Ausmaß der langfristigen Auswirkungen von COVID-19 auf die Lebensqualität in der Allgemeinbevölkerung bleibt unklar, da die meisten Studien Patienten mit schweren Verläufen von COVID-19 umfassten.

Siehe hier: <https://www.fhi.no/en/archive/covid-19-archive/publ-archive/COVID-19-Post-COVID-19-condition/?fbclid=IwAR3RGD6yxJvF4us0WbbHNdXOpa8KbL4PaZM6ZmYtGikB-xk-lonDzRmWyFE>

Public Health Graz

Bildungsminister Martin Polaschek hat heute im Ö1-Morgenjournal angekündigt, dass ab heute die Volksschüler*innen und ab 21. Februar alle Schüler*innen am Platz keine Masken mehr tragen müssen. Auch Schulveranstaltungen wie z.B. Skikurse sind dann wieder möglich. Die seit Beginn des Schuljahrs 2021/2022 geltende Maskenpflicht außerhalb der Klasse bleibt aufrecht.

Es gibt bis heute keinen soliden wissenschaftlichen Beweis, ob eine Maskenpflicht in den Schulen den erwünschten Effekt auf das Infektionsgeschehen hatte und in der Gesamtbilanz mehr nutzt als schadet - <https://bit.ly/3BkRxyT> - In den skandinavischen Ländern gab es zu keinem Zeitpunkt eine Maskenpflicht in den Schulen. Diese Entscheidung beruhte auf eigenen Studien die zeigen, dass diese Maßnahme - ebenso wie das anlasslose Testen - keine Vorteile bringt.

https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2022/01/kids-masks-schools-weak-science/621133/?fbclid=IwAR1AJNgHyFYjLJBnOp7f7F13qxK0r88zGi9tODUGEHloDIGIT_5uPC5R9o

The Case Against Masks at School

Districts should rethink imposing on millions of children an intervention that provides little discernible benefit.

By Margery Smelkinson, Leslie Bienen, and Jeanne Noble



Emily Elconin / Bloomberg / Getty

JANUARY 26, 2022

About the authors: [Margery Smelkinson](#) is an infectious-disease scientist whose research has focused on influenza and SARS-CoV-2. [Leslie Bienen](#) is a veterinarian and faculty member at the Oregon Health & Science University–Portland State University School of Public Health. [Jeanne Noble](#) is an emergency-medicine doctor at UCSF.

In the panicked spring of 2020, as health officials scrambled to keep communities safe, they recommended various restrictions and interventions, sometimes in the absence of rigorous science supporting them. That was understandable at the time. Now, however, two years into this pandemic, keeping unproven measures in place is no longer justifiable. Although no district is likely to roll back COVID policies in the middle of the Omicron surge, at the top of the list of policies we should rethink once the wave recedes is mandatory masks for kids at school.

The CDC guidance on school masking is far-reaching, recommending “universal indoor masking by all students (age 2 and older), staff, teachers, and visitors to K–12 schools, regardless of vaccination status.” In contrast, many countries—the U.K., Sweden, Norway, Denmark, and others—have not taken the U.S.’s approach, and instead follow World Health Organization guidelines, which recommend against masking children ages 5 and younger, because this age group is at low risk of illness, because masks are not “in the overall interest of the child,” and because many children are unable to wear masks properly. Even for

children ages 6 to 11, the WHO does not routinely recommend masks, because of the “potential impact of wearing a mask on learning and psychosocial development.” The WHO also explicitly counsels against masking children during physical activities, including running and jumping at the playground, so as not to compromise breathing.

But in America about half of the country’s 53 million children remain compulsorily masked in school for the indefinite future. Sixteen U.S. states and the District of Columbia follow the CDC guidance closely and require masks for students of all ages, regardless of vaccination status; other states rely on a patchwork of policies, usually leaving decisions up to local school districts. (Nine states have banned school mask mandates, though in five of them, lawsuits have delayed implementation of the ban.) Many deep-blue areas such as Portland, Oregon; Los Angeles; and New York City have gone beyond CDC guidance and are masking students outdoors at recess, in part because of byzantine rules that require an unmasked “exposed” student to miss multiple days of school, even if the putative exposure is outside.

Read: [The CDC’s flawed case for wearing masks in school](#)

Many public-health experts maintain that masks worn correctly are essential to reducing the spread of COVID-19. However, there’s reason to doubt that kids can pull off mask-wearing “correctly.” We reviewed a variety of studies—some conducted by the CDC itself, some cited by the CDC as evidence of masking effectiveness in a school setting, and others touted by media to the same end—to try to find evidence that would justify the CDC’s no-end-in-sight mask guidance for the very-low-risk pediatric population, particularly post-vaccination. We came up empty-handed.

To our knowledge, the CDC has performed three studies to determine whether masking children in school reduces COVID-19 transmission. The first is a study of elementary schools in Georgia, conducted before vaccines became available, which found that masking teachers was associated with a statistically significant decrease in COVID-19 transmission, but masking students was not—a finding that the CDC’s masking guidelines do not account for.

A second and more recent study of Arizona schools in Maricopa and Pima Counties concluded that schools without mask mandates were more likely to have COVID-19 outbreaks than schools with mask mandates. Yet more than 90 percent of schools in the “no mask mandate” group were in Maricopa County, an area that has significantly lower vaccination rates than Pima County. This study had other serious shortcomings, including failure to quantify the size of outbreaks and failure to report testing protocols for the students.

The third CDC study found that U.S. counties without mask mandates saw larger increases in pediatric COVID-19 cases after schools opened, but again did not control for important differences in vaccination rates. The CDC has cited several other studies conducted in the previous school year to support its claim that masks are a key school-safety measure. However, none of these studies, including ones conducted in North Carolina, Utah, Wisconsin, and Missouri, isolated the impact of masks specifically, because all students were required to mask and no comparisons were made with schools that did not require masks.

Therefore, the overall takeaway from these studies—that schools with mask mandates have lower COVID-19 transmission rates than schools without mask mandates—is not justified by the data that have been gathered. In two of these studies, this conclusion is undercut by the fact that background vaccination rates, both of staff and of the surrounding community, were not controlled for or taken into consideration. At the time these studies were conducted, when breakthrough infections were much less common, this was a hugely important confounding variable undermining the CDC’s conclusions that masks in schools provide a concrete benefit in controlling COVID-19 spread: Communities with higher vaccination rates had less COVID-19 transmission everywhere, including in schools, and those same communities were more likely to have mask mandates.

This isn’t to say that these studies conclusively demonstrate that masks have no benefit in schools, but that any effect they have, if they have one, is tangled up in these other variables. To demonstrate any independent effect of masks on COVID-19 transmission would have required comparing communities with similar vaccination rates or statistically controlling for differences in vaccination rates, including by specific groups such as teachers and students. Without making these

adjustments, it is impossible to attribute differences in case rates, let alone differences in in-school transmission, to mask wearing in school.

At least pre-Omicron, adjusting for vaccination rates in the surrounding community was vitally important when looking at case rates. Comparisons of counties in California that did and did not have mask mandates showed that vaccination rates were highly predictive of hospitalization rates, but mask mandates were not. Neighboring Los Angeles and Orange Counties, which had similar vaccination rates but differing masking requirements, had similar case and hospitalization rates. Likewise, our analyses of data from Maryland show a tight correlation between hospitalizations and immunity rates by county, despite some counties requiring masks in all indoor facilities, some requiring masks only in county buildings, and some not requiring masks at all.

Vinay Prasad: The downsides of masking young students are real

To justify mask requirements in school at this point, health officials should be able to muster solid evidence from randomized trials of masking in children. To date, however, only two randomized trials have measured the impact of masks on COVID transmission. The first was conducted in Denmark in the spring of 2020 and found no significant effect of masks on reducing COVID-19 transmission. The second is a much-covered study conducted in Bangladesh that reported that surgical masks (but not cloth) were modestly effective at reducing rates of symptomatic infection. However, neither of these studies included children, let alone vaccinated children.

Other studies—not randomized trials—have looked at the effects of masks in schools, and their results do not support pervasive, endless masking at school. A study from Brown University, analyzing 2020–21 data from schools in New York, Massachusetts, and Florida, found no correlation between student cases and mask mandates, but did see decreased cases associated with teacher vaccination. A study published in Science looking at individual mitigation measures in schools last winter found that, although teacher masking reduced COVID-19 positivity, student masking did not have a significant effect.

Even though the first half of this school year was dominated by the highly transmissible Delta variant, the picture in more recent studies looks similar. In Tennessee, two neighboring counties with similar vaccination rates, Davidson and Williamson, have virtually overlapping case-rate trends in their school-age populations, despite one having a mask mandate and one having a mask opt-out rate of about 23 percent. One would expect a quarter of the students opting out of masking to affect transmission rates if masks played any significant role in controlling COVID-19 spread, but that was not the case. Another recent analysis of data from Cass County, North Dakota, comparing school districts with and without mask mandates, concluded that mask-optional districts had *lower* prevalence of COVID-19 cases among students this fall. Analyses of COVID-19 cases in Alachua County, Florida, also suggest no differences in mask-required versus mask-optional schools. Similarly, the U.K. recently reported finding no statistically significant difference in absences traced to COVID-19 between secondary schools with mask mandates and those without mandates.

Despite how widespread all-day masking of children in school is, the short-term and long-term consequences of this practice are not well understood, in part because no one has successfully collected large-scale systematic data and few researchers have tried. Mental and social-emotional outcomes are hard to observe and measure, and can take years to manifest. Initial data, however, are not reassuring. Recent prospective studies from Greece and Italy found evidence that masking is a barrier to speech recognition, hearing, and communication, and that masks impede children's ability to decode facial expressions, dampening children's perceived trustworthiness of faces. Research has also suggested that hearing-impaired children have difficulty discerning individual sounds; opaque masks, of course, prevent lip-reading. Some teachers, parents, and speech pathologists have reported that masks can make learning difficult for some of America's most vulnerable children, including those with cognitive delays, speech and hearing issues, and autism. Masks may also hinder language and speech development—especially important for students who do not speak English at home. Masks may impede emotion recognition, even in adults, but particularly in children. This fall, when children were asked, many said that prolonged mask wearing is uncomfortable and that they dislike it.

This last reason is important in considering a pivot to requiring children to wear N95 or KN95 masks, which are thought to be more effective at preventing the spread of Omicron. A few school districts, in response to the growing awareness of the ineffectiveness of cloth and surgical masks, have decided to escalate rather than scale back masking by requiring these types of medical-grade masks, which are significantly less comfortable to wear and can hinder communication more than other types of masks.

Read: Why are Americans still–still!–wearing cloth masks?

As with our existing school-mask policies, no real-world data indicate that these masks decrease transmission in school settings—data that matter greatly, as these masks require a very tight fit to function effectively, and that may not be possible for many kids. N95s are not approved or sized for children, proper fit is hard to achieve even with adults, and a June 2020 study shows they have very high failure rates when taken on and off or worn for multiple hours. Though KN95s, the manufactured-in-China equivalent, are available in kids' sizes, they also require a very tight seal to function properly, which is unrealistic for schoolchildren to maintain for multiple hours a day. Early-pandemic recommendations to mask at school, soon followed by mandates, were laid down in the absence of data. We should not repeat this mistake with a new generation of masks.

Over the past 21 months, slowly and with much resistance, the layers of mythology around COVID-19 mitigation in schools have been peeled away, each time without producing the much-ballyhooed increases in COVID-19. Schools did not become hot spots when they reopened, nor when they reduced physical distancing, nor when they eliminated deep-cleaning protocols. These layers were peeled away because the evidence supporting them was weak, and they all had substantial downsides for children's education and health.

Masking is the last and most stubborn layer, possibly because its drawbacks are more subtle and not yet well documented. We understand that many public-health professionals and parents may want to keep that layer in place, perhaps because they think the possible drawbacks to masking are even less well quantified than the possible benefits. They may point to the low vaccination rate among children to

argue against any loosening of mitigation measures, even if they cannot directly connect those measures to reduced transmission. They may also point to the Omicron surge increasing children's hospitalizations. But hospitalizations have risen among all age groups, and, even at the country's peak, remained extremely low among children, on par with pediatric flu hospitalizations during a typical season.

Imposing on millions of children an intervention that provides little discernible benefit, on the grounds that we have not yet gathered solid evidence of its negative effects, violates the most basic tenet of medicine: First, do no harm. The foundation of medical and public-health interventions should be that they work, not that we have insufficient evidence to say whether they are harmful. Continued mandatory masking of children in schools, especially now that most schoolchildren are eligible for vaccination, fails this test.

[Margery Smelkinson](#) is an infectious-disease scientist whose research has focused on influenza and SARS-CoV-2.

[Leslie Bienen](#) is a veterinarian and faculty member at the Oregon Health & Science University–Portland State University School of Public Health.

Public Health Graz

Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Andreas Gassen hat sich für eine Ende anlassloser SARS-CoV-2-Tests ausgesprochen. „Es macht perspektivisch und medizinisch wenig Sinn, täglich Millionen von Menschen anlasslos zu testen, wenn am Ende gegebenenfalls eine für das Individuum ungefährliche Infektion festgestellt wird“

Siehe hier: https://www.aerztezeitung.de/Wirtschaft/KBV-Chef-Gassen-gegen-massenhaftes-unkontrolliertes-Testen-426762.html?utm_campaign=SocialMediaShare&utm_source=Story&utm_medium=Facebook&fbclid=IwAR2TgtqxstiTbZdqqMboCEk7qC4bCjjHoavcDTFuFLrxHuTXuhQ4xmApPmA

Public Health Graz

Thomas Wieser war Sektionschef im Finanzministerium und von 2012 bis 2018 Chefkoordinator der Euro-Gruppe. Im Interview mit der Kleinen Zeitung spricht er Klartext:

"Ich kenne hunderte Beamte, die dem Staat dienen wollen. Aber das wird durch die Kommandos und Einflüsterungen von oben untersagt. Und wenn jemand einen sachlichen Einwand hat und das Haupt über die Grasnarbe steckt, kommt der Partei-Rasenmäher und rasiert ihm den Kopf ab. Wir leben in einer postfaktischen Gesellschaft. **Regierende**

sind viel stärker als früher nur am Verkauf von Politik interessiert. Der Inhalt ist völlig sekundär geworden. Sobald man mit einer Message hinausgehen kann, ist die Sache gelaufen. Ich habe bei unzähligen Politikern miterlebt, wie ihr Interesse auf null sank, kaum hatten sie auf einer Pressekonferenz ihre Pläne verkündet. Ob eine Reform liegen bleibt, schleißig umgesetzt wird, sich verzögert oder verteuert, ist dann egal."

"Message Control" ist für mich einer der bezeichnendsten Begriffe für das Pandemiemanagement in Österreich. Dafür wurden hunderte Millionen Euro ausgegeben. Pikanterweise verhindert die "Message Control" dass über den enormen gesundheitlichen, psychosozialen und wirtschaftlichen Schaden berichtet wird, den sie selbst angerichtet hat. Da fährt noch immer konsequent der Partei-

Rasenmäher drüber und rasiert allen den Kopf ab, die sich nicht an die "Message Control" halten. Unabhängiges Denken und eine unabhängige Meinung muss man sich in Österreich inzwischen leisten können.



KLEINEZEITUNG.AT

Thomas Wieser: "Die parteipolitische Kaperung der Institutionen ist zum einzigen Inhalt geworden"

Mehr erfahren: https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6098389/Thomas-Wieser_Die-partecipolitische-Kaperung-der-Institutionen-ist?fbclid=IwAR2b4BRgGeu4Xak7fEjTSyT8E35CfTVvfybqP1ZCI1yAicX9kZ9PBS3e27E

[Public Health Graz](#)

Die Absurditäten in Österreich aus dem Ausland betrachtet ...

Siehe hier: <https://www.sueddeutsche.de/politik/oesterreich-impfpflicht-corona-gesetz-deutschland-1.5526919?fbclid=IwAR2Gn04R2EhOMkCzKiW0lo8VDEGQmfvHFhgZ2uoKFf7waPxdlybCwsoSTAs>

Österreich-Kolumne:

Absurde Angelegenheit

12. Februar 2022, 11:33 Uhr



Detailansicht öffnen

An Impfmöglichkeiten mangelt es nicht in Österreich, etwa im Impfbus auf dem Wiener Naschmarkt.

(Foto: Alex Halada/imago images)

Der Weg zur Impfpflicht in Österreich ist mit Seltsamkeiten und Ausnahmen gepflastert. Warum Deutschland genau hinschauen sollte.

Von [Leila Al-Serori](#)

Kennen Sie den schönen Begriff "eine österreichische Lösung"? Damit werden in [Österreich](#) Kompromisse tituliert, die nicht Fisch, nicht Fleisch sind; ein bisschen streng, aber eben nur ein bisschen, um niemanden dauerhaft zu verärgern. Positiv gesehen ist sie also das Ergebnis eines Kompromisses - oder, wenn man es nicht so gönnerhaft sehen möchte, das Ergebnis von Entscheidungsschwäche. Die allgemeine Corona-Impfpflicht in Österreich ist das aktuellste Beispiel dafür.

Der Weg zu ihrer Umsetzung ist mit Seltsamkeiten gepflastert, die sich eigentlich nur darauf zurückführen lassen, dass sich die Politik nicht sicher zu sein scheint, ihr Gesicht zu wahren versucht, **ja keinen Fehler zugeben mag** - und es sowieso jedem recht machen möchte.

In der Praxis sieht das nun so aus: **Als Ungeimpfter begeht man wegen seiner Ungeimpftheit ein strafbares Vergehen - darf aber getestet wieder**

ins Restaurant. Denn seit Samstag ist die allgemeine Corona-Impfpflicht in Kraft. Und von kommender Woche an gilt im ganzen Land, mit Ausnahme der vorsichtigeren Bundeshauptstadt Wien, wieder die 3-G-Regel in der Gastronomie.

"Füße still halten, ruhig Blut."

Nicht weniger seltsam ist, dass das Gesetz erst von Mitte März an wirklich Konsequenzen haben wird. Die Polizei kann erst dann den Impfnachweis prüfen und gegebenenfalls einen Verstoß anzeigen. Zu einem automatischen Datenabgleich, um Ungeimpfte zu eruieren, kommt es laut Gesetz überhaupt zu einem noch späteren Zeitpunkt, der noch gar nicht fixiert ist. Da überrascht es wenig, dass die Impfquote zuletzt nicht mehr wirklich gestiegen ist.

Insgesamt ist die Impfpflicht mittlerweile eine reichlich absurde Angelegenheit. Angesichts stabiler Zahlen in den Krankenhäusern wird sie auch immer unbeliebter - auch bei den Landeshauptleuten, also den Ministerpräsidenten in den Bundesländern. Die Verhältnismäßigkeit solle überprüft werden, heißt es aus Kärnten. Salzburg will die Eignung infrage stellen. Das Burgenland sieht sogar eine Sackgasse, in die sich die Bundesregierung mit der Impfpflicht manövriert habe.

Niederösterreich ruft nach der Wissenschaft, die ein klares Meinungsbild abgeben müsse, ob das Gesetz noch sinnvoll sei. Wien hingegen will keinen Zickzackkurs: "Ich glaube nicht, dass wir dem Hobby frönen sollten, ständig zu hinterfragen, was wir gerade entschieden haben", sagt SPÖ-Gesundheitsstadtrat Peter Hacker.

Und wie reagiert die türkis-grüne Bundesregierung? "Füße still halten, ruhig Blut", erklärt die grüne Klubchefin Sigrid Maurer.

In Deutschland geht es kaum besser zu

Wer die aktuelle Debatte um die Impfpflicht in Deutschland verfolgt, muss allerdings zugeben, dass es hier kaum besser zugeht. Mit einem Unterschied: In der Bundesrepublik wird das Aus der Impfpflicht schon diskutiert, bevor sie überhaupt verabschiedet wurde. Die Bundestagsdebatte wurde auf Mitte März verschoben, da die zu

diskutierenden Gesetzesentwürfe noch nicht vorliegen. Und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder lässt sogar die bereits beschlossene einrichtungsbezogene Impfpflicht aussetzen. Die Zeichen mehren sich also, dass das Gesetz nicht so bald kommen wird.

Vielleicht ist das mit Blick auf Österreich, die dortigen Hürden und Absurditäten, aber auch besser so. Das Hauptmerkmal der österreichischen Lösung ist ja schließlich vor allem eines: dass sie österreichisch ist.

Public Health Graz

Was verschweigt der ORF-Artikel "Krankenhausstationen teils Hunderte Tage geschlossen"? - <https://orf.at/stories/3247173/> - Erstens, dass im Jahr 2020 und Jahr 2021 um 20 Prozent (!) weniger Menschen in den Krankenhäusern behandelt wurden als in den Jahren zuvor - <https://bit.ly/3JjSOsE> - Zweitens, dass nur 1,5 Prozent (!) aller Krankenhausaufenthalte im Jahr 2020 und 2021 aufgrund von COVID-19 erfolgten. Selbst am Höhepunkt der Infektionswellen waren immer deutlich weniger als 5 Prozent der Spitalsbetten mit COVID-Fällen belegt. Anhand dieser Zahlen ist der ORF-Artikel und die darin getätigten Aussagen schwer nachvollziehbar. Das eigentliche Problem liegt im Personalbereich und hat mit der Corona-Pandemie wenig zu tun. Wie der Beitrag "Pflege in Not!" deutlich macht.

Siehe

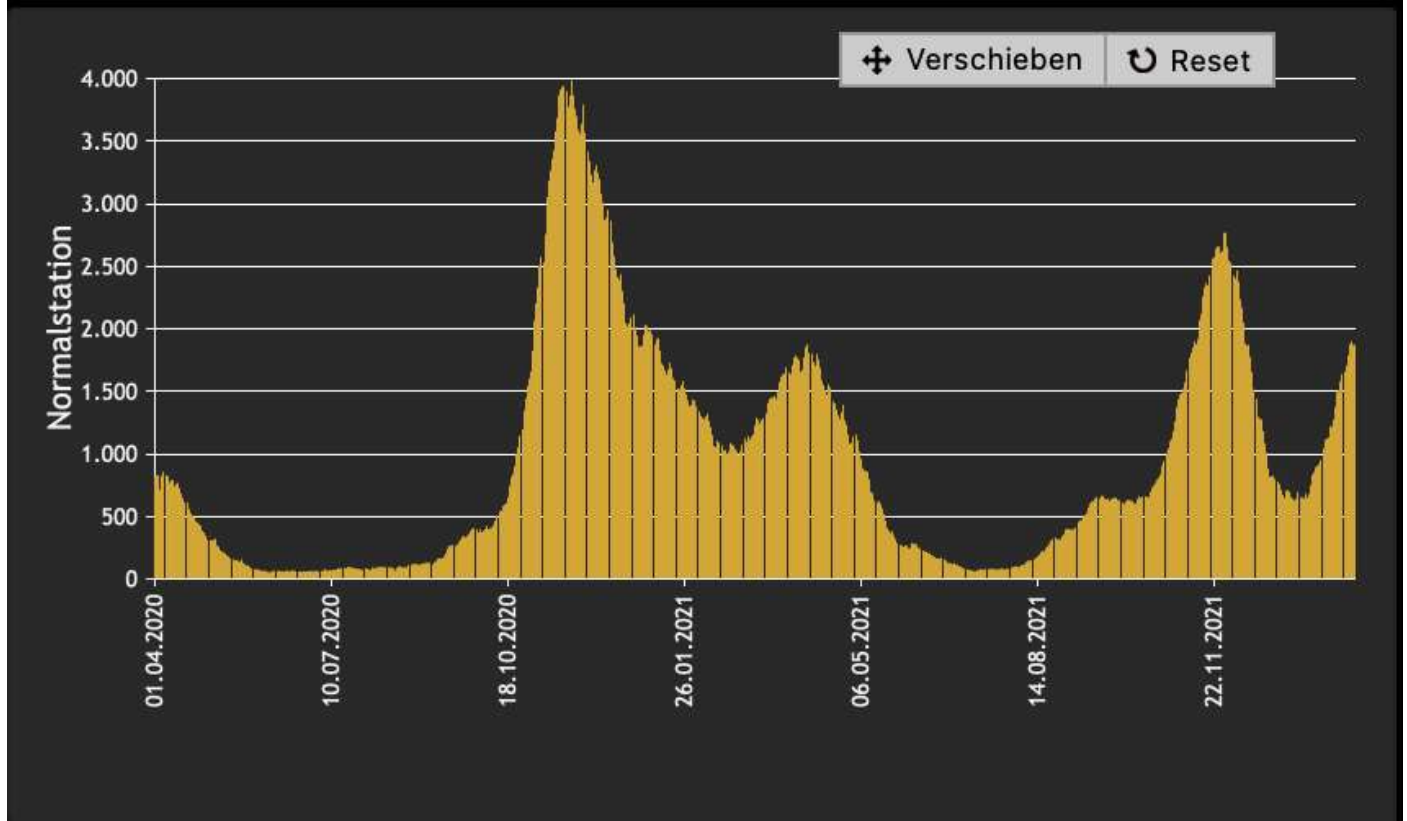
hier:

<https://www.servustv.com/aktuelles/v/aawg5w341t7378lvmwth/?fbclid=IwAR3ZmZgwq7R5zq8mETQn8pM3VgzgJlavCXrsqfhV93i7-k46-ovfujPNJFM>

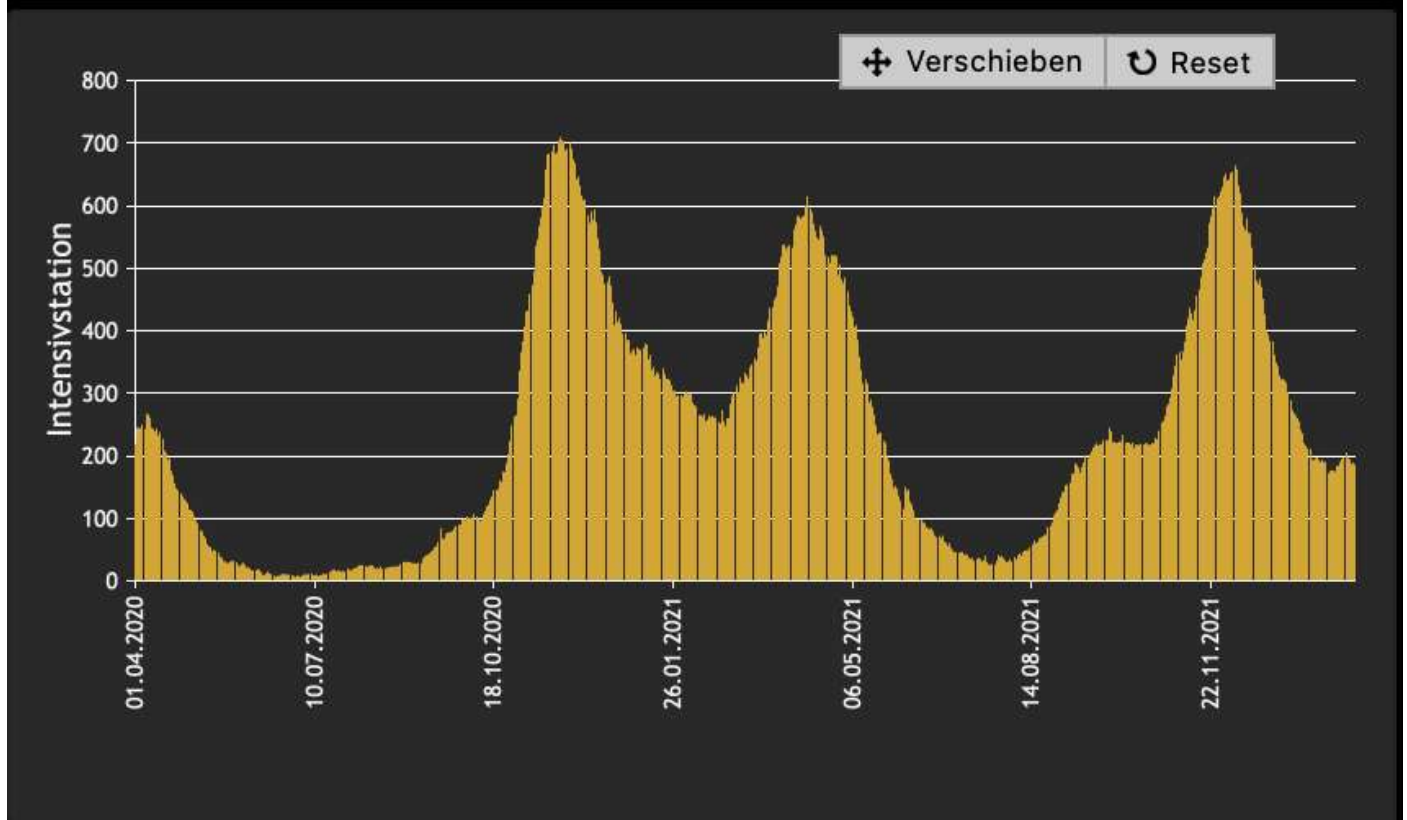
Public Health Graz

Die Prognose, dass aufgrund der "Omikron-Wand" die Krankenversorgung überfordert wird und "Feldbetten aufgestellt werden müssen", hat sich nicht bewahrheitet. Dafür gibt es aber wie immer irgendwelche Erklärungen, oder auch nicht. **Unnötige Angstmacherei und übertriebener Pessimismus müssen in Österreich nicht gerechtfertigt werden.** Dafür wird man sogar ausgezeichnet. Umgekehrt werden positive Neuigkeiten gerne unterschlagen und ein optimistischer Blick ist nach wie vor politisch nicht erwünscht. Ist das wirklich die neue Haltung unserer Gesellschaft? Ängstlich, deprimiert und ohne Zuversicht? Sind es wirklich diese Eigenschaften die wir der jungen Generation vermitteln wollen? Hörig, unkritisch, gefährdet und eine Bedrohung für Andere?

Tägliche Anzahl der Fälle betreut auf Normalstation Österreich (Quelle: Angaben der Bundesländer)



Tägliche Anzahl der Fälle betreut auf Intensivstation Österreich (Quelle: Angaben der Bundesländer)



Öffentliche Hand gab in 36 Monaten 595 Mio. Euro für Inserate aus

Zusätzlich 158 Mio. Steuergeld in Form von Medien-Förderungen ausgeschüttet

Werbung der öffentlichen Hand von 1. Juli 2018 bis 30. Juni 2021

Medium	Betrag in Mio. Euro	Medium	Betrag in Mio. Euro
Kronen Zeitung	60,85	News	3,68
Heute	38,70	bz - Wiener Bezirkszeitung	3,53
Österreich - oe24	28,28	TV-media	3,38
Kurier	23,37	Antenne Steiermark	3,36
Kleine Zeitung	18,38	Life Radio	3,21
Die Presse	15,72	www.heute.at	3,08
Der Standard	15,66	www.oe24.at	3,04
OÖ Nachrichten	11,33	Bezirksblätter Tirol	2,96
NÖN	10,25	Falter	2,89
Tiroler Tageszeitung	9,80	Profil	2,88
Vorarlberger Nachrichten	9,30	SAT.1 Österreich	2,83
Salzburger Nachrichten	7,03	Woman	2,77
Infoscreen	6,25	www.kurier.at	2,57
www.krone.at	6,07	Servus TV	2,49
Kronehit	5,69	Gewinn	2,44
Puls 4	5,41	Woche Steiermark	2,27
ProSieben Austria	5,19	RTL	2,22
Weekend Magazin	4,98	LT1	2,17
Bezirksblätter NÖ	4,88	OÖ Volksblatt	2,15
Österreich am Sonntag	4,51	VOX	2,08
www.derstandard.at	4,43	www.vol.at	2,03
Bezirksrundschau OÖ	4,30	Kabel 1 Austria	2,01
Tips	4,03	Trend	2,00
ATV	3,89	www.kleinezeitung.at	1,72
Das Wiener Bezirksblatt	3,68	www.diepresse.com	1,49

Quelle: Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH. Meldungen nach §2 und §4 MedKF-TG von Rechtsträgern, die der Kontrolle des Rechnungshofes des Bundes unterliegen.

Der Rechnungshof schreibt: 30-50 % der staatlichen Mediengelder werden NICHT veröffentlicht!

Sinnloser Impfzwang führte zu Totalreinfall im Wintertourismus

Gutachten bestätigt: 2G-Ruin des Wintertourismus verfassungswidrig und sinnlos



Wochenblick/Pixabay

- 10. Februar 2022

Inhalt

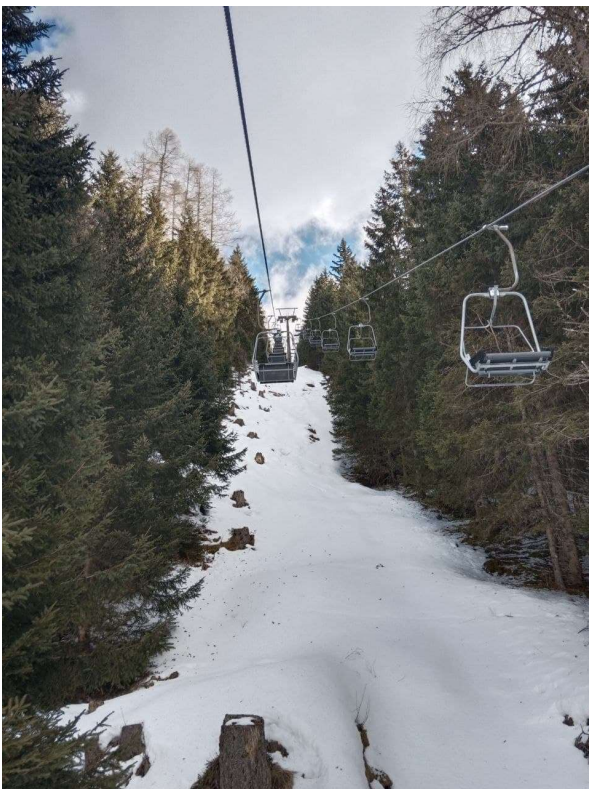
1. [Verfassungswidrig, unverhältnismäßig – eventuell europarechtswidrig](#)
2. [Massive Eingriffe müssen rasch beendet werden](#)
3. [FPÖ-Hauser: Schwarz-Grün versetzt Wintertourismus den Todesstoß](#)

Nach dem Dauerlockdown und dem Totalreinfall der Wintersaison 2020/2021 hoffte man in den Skigebieten zumindest heuer auf ein leichtes Plus bei den Einnahmen. Mit der strengen 2G-Regel und den damit verbundenen Kontrollen wurde dem Wintertourismus aber der Todesstoß versetzt. Ein **Gutachten** stuft nun diese Regeln klar als verfassungswidrig und unverhältnismäßig ein. Die 2G-Regel bei Seilbahnen müsse demnach sofort aufgehoben werden. Für den Wintertourismus kommt das wohl zu spät.

Die Skisaison ist fast gelaufen. Auch, wenn die Semesterferien in einigen Bundesländern noch vor der Tür stehen, kann keine Rede von Pistenfreude sein. **Der enorme Impfzwang der Regierung blieb für den Tourismus nicht ohne Folgen.** Leere Skipisten, **Stornierungswellen** und massive finanzielle Einbußen sind die Folge. **Nun kommt der Wiener Wirtschaftsrechts-Experte Priv.-Doz. Dr. Bernhard Müller in einem Gutachten zu dem Schluss, dass die 2G-Regel für Seilbahnbetriebe eindeutig verfassungswidrig und unverhältnismäßig ist.**



• Leere Pisten – Aufgrund des sinnlosen Impfzwangs war der Wintertourismus ein totaler Reinfall



- Leere Pisten – Aufgrund des sinnlosen Impfzwangs war der Wintertourismus ein totaler Reifall



Leere

Pisten – Aufgrund des sinnlosen Impfzwangs war der Wintertourismus ein totaler Reifall

Verfassungswidrig, unverhältnismäßig – eventuell europarechtswidrig

Die Regelung und die damit verbundenen Kontrollen seien, so die Beurteilung der Autoren, wegen der Entspannung in den Spitälern und den Intensivstationen nicht mehr notwendig und dürften daher aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht aufrechterhalten werden. Die 2G-Regel schade der ohnedies schwer belasteten Seilbahnwirtschaft in einem unverhältnismäßigen Ausmaß. Für Gäste aus dem Ausland sei noch offen, ob die 2G-Regel wegen des Verstoßes gegen die Dienstleistungsfreiheit nicht sogar europarechtswidrig sei. In Auftrag gegeben wurde das Gutachten von der Wirtschaftskammer.

Massive Eingriffe müssen rasch beendet werden

Der massive Eingriff in Erwerbsausübungsfreiheit und Eigentumsfreiheit müsse, so wie nun auch in anderen Branchen, rasch beendet werden. Skisport werde

überwiegend im Freien ausgeübt und die Verweildauer in Seilbahnen sei eben nur von kurzer Dauer, wo von den Gästen ohnehin eine FFP2-Maske getragen werde. Das **Ansteckungsrisiko sei somit extrem niedrig**. Deshalb sei die Schlechterstellung der Seilbahnen gegenüber anderen Branchen nicht hinnehmbar. **Abgesehen davon sei die Aufrechterhaltung der Regelung auch nicht nachvollziehbar, da eine Überlastung des Gesundheitssystems laut Experten aktuell und in absehbarer Zeit nicht drohe.**

FPÖ-Hauser: Schwarz-Grün versetzt Wintertourismus den Todesstoß

Der freiheitliche Tourismussprecher Gerald Hauser fordert schon längst eine **brauchbare Lösung** für den angeschlagenen Tourismus: “Die laufend **geänderten und völlig evidenzbefreiten Corona-Regeln, die uns von der Bundesregierung nahezu im Wochenintervall präsentiert** werden, sind für den Wintertourismus existenzbedrohend und während sich die Schweiz als attraktives Urlaubsland präsentiert, **herrscht bei uns nackte Verzweiflung.**” Die schwarz-grüne Bundesregierung versetze dem **Wintersportland Österreich gerade den Todesstoß**, ist sich Hauser sicher, der bereits seit eineinhalb Jahren vor den überbordenden Maßnahmen warnt.

Public Health Graz

Hendrik Streeck ist aktuell sehr präsent in den Medien und bleibt seiner Linie treu. **Unaufgeregt, möglichst faktenbasiert** und immer auch mit einer Prise Optimismus.

Siehe hier:

https://www.youtube.com/watch?v=LRRsivTtb_0&feature=share&fbclid=IwAR19PCBvdLgxO7TeL7LbN9rVTcyxGfTXG3xjC39-jul1DizmXpsLKuz8fnU



Public Health Graz

Noch ein spannender Thread vom dänischen Politikwissenschaftler Michael Bang Petersen - <https://bit.ly/3sGSDAV> - wie ein Ende der Pandemie ausschauen könnte. Der internationale Diskurs ist dem österreichischen inzwischen um Monate voraus ...

https://twitter.com/M_B_Petersen/status/1492518169566658566?fbclid=IwAR1PalO5_m5q0tsgB5t2SAtd9ThH-eccp95Vvop7thVD2ThLw69SzQ-DMa0

← Thread

 Michael Bang Petersen
@M_B_Petersen

Omicron has raised a key question globally:

What is the end goal of pandemic management?

If you as a citizen don't know the answer to this, communication has failed.

Public support requires clear communication about goals & involved uncertainties, costs & benefits.

 (1/17)

4:17 PM · Feb 12, 2022 · chirr.app

623 Retweets 138 Quote Tweets 2,660 Likes

Public Health Graz

Die Coronakrise ist inzwischen eine veritable Gesellschaftskrise. Damit sie sich nicht weiter zur Demokratiekrise auswächst, präsentiert René Schlott in einem Gastkommentar im Spiegel einen **Zehn-Punkte-Plan für gesellschaftlichen Zusammenhalt**. Einige Punkte kann ich gut

nachvollziehen. Frage mich aber, warum die Politik und die Medien, speziell in Deutschland und Österreich fast zwei Jahre lang dermaßen polarisieren mussten.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-zehn-punkte-plan-fuer-gesellschaftlichen-zusammenhalt-kommentar-a-fbbf58ba-bcff-45d4-a3f4-16ed2606fd76?fbclid=IwAR00pIM2vIBRppYVpvifhpfcQkmqLCKwX1A5KAER8DdJHdO89jiRwLVWn8Q>

Zum Autor



Foto: Angela Ankner

René Schlott ist Historiker und Publizist in Berlin. Am 17. März 2020 hat er in einem viel beachteten [Beitrag in der »Süddeutschen Zeitung«](#) davor gewarnt, die »offene Gesellschaft zu erwürgen, um sie zu retten«.

Hoffentlich lässt [Olaf Scholz](#) die Chance zum Kurswechsel, die ihm die Ministerpräsidentenkonferenz im Kanzleramt am Montag bietet, nicht ungenutzt, um öffentlich einzuräumen, dass das Schönreden alarmierender Entwicklungen niemandem weiterhilft. Der Kanzler sollte auf das dröge Ritual der Pressekonferenz im Anschluss an die Beratungen verzichten, denn die Erfahrung lehrt, dass die Ergebnisse, die er dort verkündet, ohnehin noch im gleichen Augenblick von einem oder mehreren der Länderchefs infrage gestellt werden. Warum wendet er sich nicht stattdessen in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung, um den Ernst der Lage anzuerkennen?

Denn die Coronakrise ist inzwischen eine veritable Gesellschaftskrise, sie darf sich nicht weiter zur Demokratiekrise auswachsen.

In der Tat, bei Umfragen und ihren Ergebnissen ist stets Skepsis angebracht. Es ist außerdem leicht, immer die Befragung heranzuziehen, die zum Argument passt. Das große Angebot an Zahlen macht das möglich. Doch die Entwicklung, die sich in den obigen, in jeder Hinsicht dramatischen Zahlen spiegelt, sollte jede Demokratin und jeden Demokraten in diesem Land zutiefst beunruhigen.

Inzwischen ist es ein viel eingesetztes Mittel, die 23 Prozent der Menschen dieses Landes, die sich auf dem Weg in eine Diktatur wähnen, reflexhaft zu Spinnern und Verrückten zu erklären. Viel schwieriger aber ist es, sich die Zahl in einem ruhigen Augenblick vor Augen zu führen und zumindest den Versuch zu machen, die Frage zu beantworten, wie es so weit kommen konnte, dass fast ein Viertel unserer Mitmenschen so denkt. Und warum so viele Menschen über alle parteipolitischen Grenzen hinweg, und unabhängig davon, ob sie die Coronamaßnahmen für ausreichend oder für ungenügend halten, unabhängig davon, ob und wie oft sie sich haben gegen das **Coronavirus** impfen lassen, eine Verschlechterung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse sehen.

Doch wer angesichts solcher Zahlen die gesellschaftliche Spaltung, die wir inzwischen alle nicht nur aus Umfragen, sondern aus unserem Alltag kennen, weiter ignoriert, spielt mit der Stabilität unserer Demokratie. Es ist natürlich ein Allgemeinplatz, aber die Gesellschaft ist mehr als der Staat, es sind wir, jede und jeder einzelne mit seinem Verhalten in Alltag und sozialen Beziehungen. Deshalb: Alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, egal ob sie in politischen Ämtern Verantwortung tragen oder nur alle vier Jahre wählen gehen, alle Menschen, die hier leben, sind jetzt gefragt, die Zeit der Schuldzuweisungen hinter sich zu lassen und nach vorn zu schauen. Was zu tun wäre?

Zehn konkrete Vorschläge:

1. Ein erster Schritt wäre die **sprachliche Abrüstung auf allen Seiten**: in Politik, Medien und bei Demonstrationen. Auch wenn es etwas militärisch klingt: aber unser gemeinsamer Feind ist Sars-CoV-2 und seine Mutationen, nicht der Staat und nicht seine StaatsbürgerInnen. Weder sind die einen Covidioten noch die anderen Schlagschafe. Was ist denn mit solchen Schlagworten, außer negativer Aufmerksamkeit, gewonnen? Nichts.
2. Sie wurde schon oft gefordert, doch nie erreicht: eine **bessere Streit- und Debattenkultur**. Können wir nicht zumindest versuchen, auf alle Nazivergleiche zu verzichten – auch aus Achtung vor den Opfern und den Überlebenden! Es gibt kein einziges Beispiel dafür, dass ein solcher Vergleich je zu irgendetwas geführt hat – außer zum Gesprächsabbruch. Und wer in

Mitmenschen, die die eigene Auffassung nicht teilen, nur Nazis, Antisemiten und Holocaustleugner sieht, der übersieht vielleicht die wirklichen Nazis, Antisemiten und Holocaustleugner, von denen es nun wahrlich genug gibt und mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

3. Es hilft **weder die gesellschaftliche Spaltung zu ignorieren noch sie herbeizureden oder gutzuheißen**. Versuchen wir alle, insbesondere die Eliten und Privilegierten in diesem Land, die eine öffentliche Stimme haben, einmal den eigenen Standpunkt für einen Moment zu verlassen und uns zum Beispiel die Situation einer alleinerziehenden Mutter in Berlin-Hellersdorf, einer Kassiererin oder einer Krankenschwester, eines arbeitslos gewordenen Künstlers, eines einsamen Heimbewohners oder eines Menschen vorzustellen, der engste Angehörige verloren hat, ohne sich von ihnen verabschieden zu können.
4. Einigen wir uns neu darauf, dass wir **jede Diskriminierung und jeden gesellschaftlichen Ausschluss von Minderheiten als Mittel der Politik grundsätzlich ablehnen**. Unser Grundgesetz kennt viele Ideale, der Gleichbehandlungsgrundsatz gehört dazu.
5. Lernen wir wieder, die **Wahrnehmung von Grundrechten durch andere StaatsbürgerInnen zu akzeptieren**, auch wenn uns selbst deren Meinungsäußerungen missfallen oder wir ganz anderer Meinung sind. Sehen wir darin auch einen Gewinn für unsere Demokratie, die sich stets nicht nur an ihren Mehrheitsentscheidungen, sondern auch an der Behandlung von Minderheiten messen lassen muss. Respektieren wir die Ängste anderer, auch wenn sie uns übertrieben erscheinen mögen.
6. Achten wir das historisch erkämpfte und verbrieftete Recht jeder Einzelnen und jedes Einzelnen auf **körperliche Selbstbestimmung**.
7. Bilden wir einen **runden Tisch**, moderiert von Rita Süßmuth oder einer anderen anerkannten Persönlichkeit, unter Beteiligung aller **Sozial- und Kinderschutzverbände** dieses Landes und unter Einbeziehung von **Kindern**, der sich mit ihrer Situation befasst, auch als Zeichen an die kommende Generation, die Zukunft unseres Landes.
8. Gehen wir am geschichtsträchtigen 18. März, dem Jahrestag der Märzrevolution 1848 und der ersten freien Wahl in der **DDR** 1990, gemeinsam in Berlin auf die Straße, zu einer von **Annalena Baerbock** und **Sahra Wagenknecht**, von **Karl Lauterbach** und **Wolfgang Kubicki** angemeldeten **Demonstration** – unter Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlichen Gruppen, die die ganze Vielfalt unseres Landes repräsentieren. Oder **feiern** wir am 23. Mai dieses Jahres einen **gemeinsamen Grundgesetztag** mit zivilgesellschaftlichen Aktionen in ganz Deutschland, um uns auch angesichts der eingangs genannten Zahlen der friedlichen und freiheitlichen Grundlage unserer Gesellschaft zu versichern.
9. Bilden wir die im Koalitionsvertrag vorgesehene **unabhängige »Freiheitskommission«** sofort und berufen wir sie ein, damit die Kommission fortan alle Coronamaßnahmen begleitet und den Expertenrat ergänzt.

10. Und zum Schluss ganz konkret: Greifen wir noch heute zum Handy und rufen wir eine derjenigen Freundinnen oder Bekannten, eine derjenigen Arbeitskolleginnen oder Mannschaftskollegen an, mit denen der Kontakt in den vergangenen Monaten wegen unterschiedlicher Auffassungen in der Coronakrise abgebrochen ist. Und bitten wir ihn oder sie, es uns gleichzutun, sodass eine lange Telefonkette der Verständigung entsteht. Versuchen wir, wieder ins Gespräch zu kommen und uns für die Motive des anderen zu interessieren, auch wenn sie uns noch so abwegig erscheinen.

Diskutieren wir dieses Zehn-Punkte-Programm gern kontrovers, aber stets konstruktiv als einen allerersten Vorschlag wieder zusammenzukommen. Lehnen wir es nicht wegen eines einzelnen Punktes oder seines Titels, wegen zahlreicher Ungerechtigkeiten oder Fehlentwicklungen, die nicht benannt wurden, oder einfach wegen seines Autors ab, sondern machen wir Gegenvorschläge, nehmen Ergänzungen vor, entwickeln ein ganz anderes. Nehmen wir das Bemühen ernst, Brücken bauen zu wollen. Und schlafen wir vielleicht eine Nacht darüber – bevor wir das Ganze bei Twitter sarkastisch kommentieren und zerschießen.

Zugegeben, es ist so verführerisch einfach, sich über den Idealismus oder die Naivität anderer lustig zu machen. Dem Ernst der Lage aber würde man damit nicht gerecht werden: siehe oben.



Ich erinnere an die Beantwortung nach dem Auskunftsgesetz und wünsche noch allen die sich nicht am Drohnenmordprogramm oder Impfwang beteiligen eine schöne Zeit und verbleibe mit freundlichen Grüßen, Klaus Schreiner

"Das ist der springende Punkt: In den entscheidenden ersten Tagen nach der Infektion passiert medizinisch normalerweise nichts, gar nichts.

Wir tun nichts, um schwere Verläufe zu verhindern, sondern warten achselzuckend ab, bis die schwer Erkrankten in die Krankenhäuser kommen. Für mich als Arzt, der seit dem Medizinstudium trainiert ist, kranken Menschen **sofort zu helfen, ist das ein unhaltbarer Zustand. Und es ist politisch ein Irrsinn, nichts dagegen zu unternehmen, dass unsere Krankenhäuser von schwer Erkrankten mehr und mehr überrannt werden."**



Univ. Doz. Dr. Hannes Strasser

Prävention & FRÜHBEHANDLUNGEN sind GAME-CHANGER!





IMPFZWANG!!! NEIN!



**KEINE mRNA-Gen-
therapieversuche!**